



# **Bericht der Expertengruppe Ehrensensoren**

**Abschließender Bericht der vom Senat beauftragten Expertengruppe  
Ehrensensoren mit Empfehlungen zum weiteren Vorgehen**

**Freiburg, 1. Juni 2017**

## — Inhalt

Auftrag, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Expertengruppe .....	3
Grundsätzliche Fragen .....	4
Einzelfalluntersuchung .....	6
Empfehlungen .....	7
Anlage: Einzelgutachten .....	9

## — Auftrag, Zusammensetzung und Arbeitsweise der Expertengruppe

In der Sitzung des Senats vom 29.4.2015 hat Senatsmitglied Lennart Vogt darauf aufmerksam gemacht, dass auf Listen der Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren auch Personen geführt werden, die eine problematische NS-Vergangenheit aufweisen. Daraufhin hat der Senat in der Sitzung vom 28.10.2015 Prorektorin Riescher einvernehmlich damit beauftragt, eine Gruppe aus Expertinnen und Experten (im Folgenden „Expertengruppe“) zusammenzustellen, um eine Überprüfung vorzunehmen und die Thematik aufzuarbeiten. Es gehe bei dieser Überprüfung, so das Senatsprotokoll, „um vorwerfbares, unrechtes Verhalten, insbesondere, aber nicht ausschließlich aus der Zeit des Nationalsozialismus“.

Aufgrund dieses Auftrags hat Prorektorin Riescher eine Gruppe gebildet, in der historische, juristische und politikwissenschaftliche Expertise versammelt war. Der Expertengruppe gehörten an (in alphabetischer Reihenfolge):

- Prof. Dr. Alexander Bruns, LL.M., Institut für Deutsches und Ausländisches Zivilprozessrecht
- Tobias Haas, Persönlicher Referent von Prorektorin Riescher
- Prof. Dr. Sylvia Paletschek, Historisches Seminar
- Prof. Dr. Gisela Riescher, Prorektorin für Redlichkeit in der Wissenschaft, Gleichstellung und Vielfalt (Vorsitz)
- Prof. Dr. Dieter Speck, Leiter des Universitätsarchivs
- Lennart Vogt, Student der Politikwissenschaft und der Geschichte

Die Mitglieder der Expertengruppe wurden bei den Recherchen für ihre Arbeit durch eine geprüfte wissenschaftliche Hilfskraft unterstützt, die am Historischen Seminar bzw. Universitätsarchiv angestellt war. Diese Tätigkeit übernahm zunächst die Historikerin Christa Klein (bis 30.4.2016), dann die Historikerin Sandra Haas (ab 1.5.2016).

Die Expertengruppe trat am 21.1.2016 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und traf sich anschließend in vierteljährlichem Abstand am 21.4.2016, 14.7.2016, 11.10.2016 und 19.1.2017. Am 2.2.2017, 9.3.2017, 10.4.2017 und 1.6.2017 hielt sie ihre abschließenden Sitzungen ab und beendete ihre Tätigkeit mit dem vorliegenden Bericht.

Die Würde einer Ehrensensatorin oder eines Ehrensensators ist eine hohe universitäre Ehrung, die an Persönlichkeiten vergeben wird, die sich in besonderer Weise um die Universität verdient gemacht haben. Aus Respekt vor

den Geehrten bzw. ihren Nachfahren bemühte sich die Expertengruppe um eine möglichst sensible, sorgfältige und gewissenhafte Vorgehensweise. Die Expertengruppe arbeitete vertraulich. Die Kommunikation nach außen und gegenüber dem Senat übernahm die Vorsitzende. Am 27.4.2016 und am 22.2.2017 und 29.3.2017 gab sie dem Senat kurze Zwischenberichte.

Bei ihrer Arbeit verständigte sich die Expertengruppe zunächst über grundsätzliche Fragen (Gegenstand, Kriterien und Vorgehensweise der Überprüfung) und wandte sich anschließend der konkreten Einzelfalluntersuchung zu.

## Grundsätzliche Fragen

### 1. Gegenstand der Überprüfung

Die Expertengruppe entschied sich dagegen, nur besonders kritische Einzelfälle zu untersuchen, zu denen es konkrete Hinweise gegeben hatte, wie Rappenecker oder Frick. Man entsprach damit dem im Senat geäußerten Wunsch nach einer breiter angelegten, über einzelne Fälle hinausgehenden Überprüfung.

Die Expertengruppe entschied sich außerdem dagegen, nur lebende Personen in die Untersuchung einzubeziehen. Aus juristischer Sicht muss davon ausgegangen werden, dass die Ehrensensatorinnen- oder Ehrensensatorenwürde mit dem Tod erlischt. Entsprechend werden in den Vorlesungs- und Institutionenverzeichnissen der Universität auch nur die lebenden Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren genannt. Um ein vollständiges Bild zu bekommen und dem Auftrag des Senats gerecht zu werden, erschien es jedoch sinnvoll, auch frühere Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren in die Betrachtung einzubeziehen.

Schließlich entschied sich die Expertengruppe dagegen, nur die bis zum Jahr 1945 ernannten Ehrensensatoren zu untersuchen. Denn auch nach 1945 wurden Personen ernannt, die in Beziehung zum Nationalsozialismus standen. Eine genaue zeitliche Abgrenzung, bis wann möglicherweise kritisch zu betrachtende Personen ernannt wurden, erschien schwierig. Außerdem sollte die Untersuchung gemäß dem Protokoll des Senats vom 28.10.2015 auf vorwerfbares Verhalten „insbesondere, aber nicht ausschließlich aus der Zeit des Nationalsozialismus“ zielen.

Im Ergebnis prüfte die Expertengruppe im Sinne des umfassenden Auftrags des Senats in einer systematischen Untersuchung alle 143 seit den 1920er Jahren ernannten Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren (Stand 1.6.2017) der Universität Freiburg.

## **2. Anspruch der Überprüfung**

Die Expertengruppe war sich bewusst, dass sie bei aller Sorgfalt nicht ausschließen kann, dass es in den Biographien der Geehrten Aspekte gibt, die ihr verborgen blieben – insbesondere weil längst nicht zu allen Personen umfassende öffentlich zugängliche Erkenntnisse vorliegen und weil für einzelne Personen nicht ausgeschlossen werden kann, dass in Zukunft neue, möglicherweise belastende Erkenntnisse gewonnen werden. Gerade kritische Punkte einer Biographie werden von den Betroffenen nicht immer öffentlich kundgetan. Die Expertengruppe kann daher für die Personen, für die sie keine weiteren Konsequenzen empfiehlt, nicht abschließend positiv feststellen, dass sie definitiv untadelig sind, sondern hält vielmehr negativ fest, dass hier keine oder keine aus ihrer Sicht hinreichend gravierenden Hinweise auf Verfehlungen im Sinne der unten genannten Kriterien vorliegen. Die Expertengruppe versteht ihren Bericht nicht als Schlussstrich, der die Berücksichtigung neuer Erkenntnisse in Zukunft ausschließt. Im Gegenteil sollten ggf. neu gewonnene Erkenntnisse im Sinne einer andauernden Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte der Universität mitgeteilt und von dieser aufgegriffen werden.

## **3. Kriterien der Überprüfung**

Die Expertengruppe identifizierte als Arbeitsgrundlage für die unten beschriebene Einzelfalluntersuchung folgende Kriterien möglicher Verfehlungen: NS-Verbrechen, Unterstützung von NS-Verbrechen, leitende Verantwortung innerhalb der NS-Diktatur, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Tötungen, Terrorismus, internationale organisierte Kriminalität, schwere und schwerste Straftaten, Antisemitismus und vergleichbar gravierende Vergehen. Neben dieser nicht abschließenden Liste an Kriterien war sich die Expertengruppe bewusst, dass in jedem Einzelfall jeweils eine individuelle Abwägung erforderlich sein würde. Es erschien sachgerecht, ein Kriterien-basiertes systematisches Vorgehen, das Vergleichbarkeit erlaubt, mit einer gründlichen qualitativen Einzelabwägung, die den jeweiligen Personen gerecht zu werden versucht, zu verbinden.

Die Expertengruppe war sich bei alledem im Klaren darüber, dass die Verleihungen der Ehrensensatorinnen- bzw. Ehrensensatorenwürde im jeweiligen

■ Zeitkontext erfolgten und dass nicht jede Ernennung, die heute möglicherweise so nicht mehr erfolgen würde, zwingend Anlass zu Konsequenzen gibt. Ein solches Vorgehen wäre unhistorisch. Bei der Überprüfung konnte es nicht darum gehen festzustellen, welche Ehrensenatorinnen und Ehrensenatoren die Universität heute wieder ernennen würde, sondern diejenigen Geehrten zu identifizieren, deren Biographien mit Blick auf die oben genannten Kriterien so gravierende Auffälligkeiten aufweisen, dass die Universität heute dazu nicht schweigen sollte.

## Einzelfalluntersuchung

Um eine Einordnung der 143 bisher ernannten Ehrensenatorinnen und Ehrensenatoren (Stand 1.6.2017) vornehmen zu können, wurden für alle Personen biographische Informationen zusammengetragen (Angaben zu Herkunft, Lebenslauf, Hintergrund der Ernennung etc.). Bei der Erhebung der Daten wurden neben unmittelbar zugänglichen Quellen (Literatur, Internet etc.) auch archivalische Quellen herangezogen (Ernennungsurkunden, Senatsprotokolle, Personalakten, Spruchkammer- und Entnazifizierungsakten etc.). Dabei wurden u.a. folgende Archive konsultiert:

- Universitätsarchiv Freiburg
- Universitätsarchiv Stuttgart
- Stadtarchiv Freiburg
- Stadtarchiv Waldkirch
- Stadtarchiv Rheinfelden
- Staatsarchiv Freiburg
- Staatsarchiv Sigmaringen
- Staatsarchiv Hamburg
- Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
- Generallandesarchiv Karlsruhe
- Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde

Den Archiven ist für die Zugänglichmachung von Dokumenten und die Erteilung von Auskünften zu danken. Dies gilt auch für weitere private und öffentliche Stellen, wie das Walter Eucken Institut, die Universitätsbibliothek Freiburg, die Rechtsanwaltskammer Freiburg, die Energiedienst Holding AG Laufenburg und die Abteilung Konzerngeschichte/Historische Sammlung der Deutschen Bahn AG.

- Die Zusammenstellung biographischer Darstellungen gestaltete sich in einigen Fällen sehr schwierig, insbesondere bei Personen, die heute nur noch bedingt bekannt sind. Im Ergebnis wurden jedoch zu allen 143 Personen biographische Informationen erhoben. Auf Basis dieser Informationen hat die Expertenkommission eine Einordnung der einzelnen Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren vorgenommen, wobei sie ein mehrstufiges Verfahren wählte. Zunächst wurde eine grobe Unterscheidung zwischen solchen Fällen vorgenommen, die derzeit nicht weiter prüfungsbedürftig und solchen, die derzeit näher prüfungsbedürftig oder gar derzeit unbedingt näher prüfungsbedürftig erschienen. Die weit überwiegende Mehrheit der Fälle wurde dabei als nicht weiter prüfungsbedürftig erachtet, da keinerlei Anhaltspunkte für mögliche Verfehlungen vorlagen. Bei den übrigen Fällen wurden zum Teil aufwendige Nachrecherchen angestellt. Zum Schluss blieb eine kleine Zahl von Fällen übrig, für die gravierende Auffälligkeiten im Sinne der oben genannten Kriterien festgestellt wurden. Sie wiesen alle einen Bezug zur nationalsozialistischen Diktatur auf. Für sie empfiehlt die Expertenkommission dem Senat weitergehende Konsequenzen.

## Empfehlungen

Wahrscheinlich würde der Senat nicht alle historisch erfolgten Ernennungen heute noch einmal in gleicher Weise vornehmen. Unter den Geehrten – auch unter jenen, für die hier keine persönlichen Konsequenzen empfohlen werden – sind Personen, deren Wirken nicht immer positiv bewertet werden muss bzw. deren politische Einstellung aus heutiger Perspektive problematisch erscheinen mag. Die Verleihung der Würde einer Ehrensensatorin oder eines Ehrensensators erfolgte und erfolgt im jeweiligen Zeitkontext. Die seinerzeit vorgenommenen Ehrungen sind Teil der Universitätsgeschichte. Es kann nicht darum gehen, die Geschichte aus heutiger Sicht zu bereinigen oder zu korrigieren. Es wäre aus Sicht der Expertengruppe daher nicht zielführend, wenn der Senat aus der Retrospektive darüber entschiede, ob er jede Ernennung heute wieder durchführen würde bzw. weiter für richtig hält oder nicht. Es gibt allerdings einige besonders gravierende Fälle unter den Ehrensensatoren mit nationalsozialistischer Vergangenheit, zu denen die Universität nicht schweigen sollte. Es handelt sich um die früheren Ehrensensatoren Wilhelm Frick, Karl Gärtner, Werner Haustein, Franz Kerber, Franz Xaver Rappenecker und Emil Tscheulin. Diese Personen weisen – wie in den in der Anlage beigefügten

Einzelgutachten ausführlich dargelegt wird – besonders schwerwiegende nationalsozialistische Verstrickungen auf:

- Wilhelm Frick war ein Hauptverantwortlicher des NS-Regimes und trug als Reichsinnenminister insbesondere für die Errichtung und den totalitären Ausbau der Diktatur sowie die rassistische und antisemitische Politik des Regimes persönliche Verantwortung.
- Karl Gärtner war ein überzeugter Nationalsozialist, trug als Ministerialdirektor im badischen Kultusministerium an leitender Position Verantwortung im NS-Staat und war unter anderem federführend an der nationalsozialistischen „Umschulung“ der elsässischen Lehrerinnen und Lehrer beteiligt.
- Werner Haustein trug als Spitzenfunktionär der Reichsbahn Verantwortung im NS-Staat, war an führender Position für zahlreiche antisemitische Erlasse bzw. Verfügungen innerhalb der Bahn verantwortlich und hat damit den Antisemitismus aktiv befördert.
- Franz Kerber war ein regional führender Nationalsozialist, der unter anderem als Chef des NS-Kampfblatts „Der Alemanne“ für antisemitische und volksverhetzende Propaganda verantwortlich war, entscheidend an der politischen Gleichschaltung der Stadt Freiburg mitwirkte und als Freiburger Oberbürgermeister eine tragende Funktion im NS-Staat ausübte.
- Franz Xaver Rappenecker denunzierte nach heutigem Stand der historischen Forschung als Gestapo-Spitzel Gertrud Luckner, die Jüdinnen und Juden zur Flucht verhalf, und trug mit seinen Mitteilungen zur Verhaftung Luckners bei. Er unterstützte damit NS-Verbrechen.
- Emil Tscheulin war ein regional führender Nationalsozialist, der die örtlichen SA-Truppen und NSDAP-Parteigliederungen aufbaute sowie mit Material und Waffen versorgte. Er war als Freiburger IHK-Präsident unter anderem an „Arisierungen“ beteiligt und leitete ein Aluminium-Werk, das Teil der Rüstungsindustrie war und Zwangsarbeiter beschäftigte.

Der Expertengruppe ist bewusst, dass es unter den historisch ernannten Ehrensensatorinnen und Ehrensensatoren weitere Personen mit möglicherweise nicht unproblematischen Lebensläufen gibt. So vertrat beispielsweise der Jurist Johannes Nagler in der Zeit des Nationalsozialismus aus heutiger Sicht in mancher Hinsicht abzulehnende Rechtsauffassungen. Er wirkte unter anderem an einem Rechtsgutachten mit, das im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand eine rückwirkende Strafverschärfung bei schwerer Brandstiftung als mit der Verfassung für vereinbar erachtete und begrüßte zumindest anfänglich die nationalsozialistische Strafrechtsreform. Der Althistoriker Ernst Fabricius, um ein weiteres Beispiel zu nennen, war ein

■ erklärter Kolonialismus-Befürworter, der etwa im Reichstagswahlkampf 1907 eine hinreichend finanzierte Kolonialpolitik forderte. Konkrete Verfehlungen im Sinne der von der Expertengruppe entwickelten Kriterien konnten ihnen nach gegenwärtigem Stand der Erkenntnis jedoch letztlich nicht nachgewiesen werden. Die Expertengruppe empfiehlt nur in solchen Fällen persönliche Konsequenzen, in denen sie Verfehlungen im Sinne der Kriterien als erwiesen ansieht. Wo die Expertengruppe Zweifel hat oder auf Basis der ihr vorliegenden Erkenntnisse keine belastbaren Belege für Verfehlungen sieht, sieht sie von einer Distanzierungsempfehlung ab.

Im Ergebnis schlägt die Expertengruppe daher für die oben genannten sechs Personen weitergehende Konsequenzen vor. Sie empfiehlt für diese Personen, dass der Senat sich von den damals erfolgten Ernennungen distanziert, um klarzustellen, dass die Universität Freiburg deren Wirken nicht gutheißt und deren nationalsozialistische Vergehen nicht ehren möchte.

Die Würde einer Ehrensatorin bzw. eines Ehrensators ist eine persönliche Ehrung, die mit dem Tod erlischt. Verstorbenen kann die Ehrensatorenwürde insofern nicht mehr entzogen werden. Die hier in Rede stehenden Personen sind alle verstorben und mithin keine Ehrensatoren mehr. Eine Aberkennung scheidet daher rechtlich aus. Um gleichwohl politisch deutlich zu machen, dass Senat und Universität die nationalsozialistische Verstrickung der Betroffenen missbilligen und nationalsozialistisches Handeln nicht ehren, empfiehlt die Expertengruppe dem Senat, sich öffentlich von der Ernennung der genannten Personen zu distanzieren.

Dabei soll es um einen offenen Umgang mit der Vergangenheit und nicht um deren Umdeutung gehen. Es geht gerade nicht um eine Tilgung aus der Geschichte oder eine gleichsam stillschweigende Ausradierung der betroffenen Namen aus Listen und Verzeichnissen. Die Betroffenen sollen weiterhin in der Liste der Ehrensatorinnen und Ehrensatoren, die Auskunft über vergangene Ernennungen und damit über historische Tatsachen gibt, geführt werden. Allerdings soll durch eine Fußnote bei den betroffenen Personen auf den Distanzierungsbeschluss aufmerksam gemacht werden. Prorektorin Riescher soll beauftragt werden, eine überarbeitete Liste an geeigneter Stelle auf den Internetseiten der Universität zu veröffentlichen.



Anlage:

# Einzelgutachten

**Biographische Informationen und Einordnungen zu den früheren Ehrensensatoren Wilhelm Frick, Karl Gärtner, Werner Haustein, Franz Kerber, Franz Xaver Rappenecker und Emil Tscheulin**

## — Inhalt

Wilhelm Frick.....	12
Karl Gärtner.....	16
Werner Haustein.....	22
Franz Kerber.....	28
Franz Xaver Rappenecker.....	34
Emil Tscheulin .....	40

## — Wilhelm Frick

**Dr. Wilhelm Frick (1877–1946), Reichsinnenminister, am 12.5.1939 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### **Biographischer Überblick**

Wilhelm Frick wurde am 12.3.1877 in Alsenz (Pfalz) geboren und am 16.10.1946 in Nürnberg hingerichtet. Er war Sohn von Henriette (1837–1893) und Wilhelm Frick (1837–1918, Lehrer). Frick war evangelisch und zweimal verheiratet.<sup>1</sup>

Frick studierte Jura in München, Göttingen sowie Berlin und promovierte 1901 in Heidelberg. Anschließend arbeitete er in der Verwaltung: 1903 Assessorexamen, 1904 Akzessist bei der Kreisregierung Oberbayern und 1907 Bezirksamtsassessor in Pirmasens. 1917 wurde er Regierungsassessor bei der Polizeidirektion München, leitete 1919 bis 1921 die bayerische politische Polizei und war 1923 Leiter der Kriminalpolizei. Wie Polizeipräsident Pöhner unterstützte Frick die NSDAP und kam früh mit Hitler in Berührung.<sup>2</sup>

1923 nahm Frick am Hitler-Putsch teil, war anschließend bis zum 1.4.1924 inhaftiert und wurde vom Münchener Volksgericht wegen Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt. Außerdem wurde er zunächst wegen Dienstvergehens entlassen, bevor die Entlassung vom Bayerischen Disziplinarhof wieder aufgehoben wurde. 1926 bis 1930 und wieder 1932 und 1933 war Frick Beamter beim Oberversicherungsamt München.<sup>3</sup>

Frick war ab 1924 Mitglied des Reichstags, zunächst für die Nationalsozialistische Freiheitspartei und anschließend – nach deren Wiedegründung 1925 – für die NSDAP. Er trat 1925 der NSDAP bei und war ab 1928 durchgängig deren Fraktionsvorsitzender im Reichstag.<sup>4</sup>

1930/31 war Frick Innen- und Volksbildungsminister in Thüringen und damit der erste nationalsozialistische Minister in Deutschland. Frick betrieb eine völkische und nationalistische Politik (z.B. Erlass „Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum“). Die Erfahrung als Minister sowie seine langjährigen Verwaltungskennntnisse stellten eine wichtige Basis für seine Ernennung zum Reichsinnenminister dar. Frick war vom 30.1.1933 bis 18.7.1943 Reichsminister

---

1 Vgl. Schulz 1961.

2 Vgl. ebd.; Lankheit 1998, S. 133.

3 Vgl. Schulz 1961; Lankheit 1998, S. 133; Klee 2003, S. 166.

4 Vgl. Schulz 1961; Lankheit 1998, S. 133.

des Innern. Anschließend war er ab August 1943 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und „Reichsprotector“ von Böhmen und Mähren.<sup>5</sup>

Nach Kriegsende wurde Frick im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess vom Internationalen Militärgerichtshof in den Anklagepunkten „Verbrechen gegen den Frieden“, „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ schuldig gesprochen und am 1.10.1946 zum Tode durch den Strang verurteilt. Am 16.10.1946 wurde Frick hingerichtet.<sup>6</sup>

### Verleihung der Ehrensensorenwürde

1939 wurde Frick zum Ehrensensoren der Universität Freiburg ernannt. Bereits 1938 begann Rektor Mangold Überlegungen zu entwickeln, ranghohe NS-Funktionäre wie Innenminister Frick und Gauleiter Wagner durch Ehrungen an die Universität zu binden. Es ging ihm dabei wohl auch darum, die in der äußersten Südwest-Ecke des Reichs gelegene Grenzlanduniversität Freiburg „in das Blickfeld der Berliner Führung“ zu rücken<sup>7</sup> und die Freiburger Universität gegenüber der Reichsuniversität Straßburg, die im Zuge des Krieges möglicherweise neugegründet werden würde, schon jetzt in Position zu bringen. Es lässt sich aus den Akten nicht entnehmen, ob Mangold Frick die Ehrensensorenwürde ohne Senatsbeschluss angetragen hat. In jedem Fall hat Frick die Würde bereits im Mai 1939 angenommen – der Festakt zur Verleihung, der mehrfach, u.a. kriegsbedingt, verschoben werden musste, fand erst am 7.3.1940 statt.<sup>8</sup>

### Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

**1. Frick war ein führender Nationalsozialist.** Frick stand Hitler früh nahe, nahm am Hitler-Putsch teil, trat 1925 der NSDAP bei und war der erste NSDAP-Minister überhaupt. Die Urkunde zur Verleihung der Ehrensensorenwürde der Universität Freiburg bezeichnet Frick als „den alten Kampfgefährten unseres Führers, der in unbeirrbarer Treue in hellen und düsteren Tagen zu Adolf Hitler gestanden“ hat.<sup>9</sup> Als langjähriger Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion sowie in seiner Funktion als Reichsinnenminister, die er ein Jahrzehnt lang

---

5 Vgl. Klee 2003, S. 166; Lankheit 1998, S. 133 f.; Schulz 1961.

6 Vgl. Schulz 1961.

7 Speck 1993, S. 151.

8 Ausführlich dazu vgl. Speck 1993 und Speck 2007, S. 206 ff. Im Übrigen wird Frick in einer Liste der Ehrensensoren der 1950er Jahre nicht aufgeführt (vgl. Speck 1993, S. 149; UAF B1/171, S. 5).

9 Zitiert nach Speck 1993, S. 160.

ausfüllte, war er einer der zentralen Protagonisten des Dritten Reiches und wichtigsten Verantwortungsträger der NS-Diktatur.

**2. Frick schaffte wichtige Grundlagen für die Errichtung und den totalitären Ausbau der nationalsozialistischen Diktatur.** Als Innenminister war er namentlich für die gesetzgeberische Umsetzung von „Machtergreifung“ und Gleichschaltung verantwortlich, etwa für die Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich oder das Neuaufbaugesetz von 1934 („Reichsreform“). Mit der Überführung der Polizei der Länder auf das Reich schuf er „die Grundlage für die später entscheidende Machtstellung der SS im nationalsozialistischen Totalstaat“.<sup>10</sup> Die Universität Freiburg lobte Frick in der Ehrensensorenurkunde dafür: „Sein Zielbewußtsein führte zur Neuordnung des Verfassungs-, Gemeinde- und Beamtenrechts“.<sup>11</sup>

**3. Frick war ein Hauptverantwortlicher der rassistischen und antisemitischen Politik des NS-Regimes.**<sup>12</sup> Fricks Denken „war von völkischen und antisemitischen Grundüberzeugungen bestimmt“.<sup>13</sup> Als Reichsinnenminister war er namentlich für die Rassegesetze verantwortlich, unter anderem für das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933, mit dem alle jüdischen und politisch andersdenkenden Beamten in den Ruhestand versetzt oder entlassen wurden.<sup>14</sup> Auch das antijüdische „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sowie das Reichsbürgergesetz, die wichtigsten der sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15.9.1935, kamen unter seiner unmittelbaren persönlichen Anteilnahme zustande.<sup>15</sup> Die NS-Rassegesetzgebung wurde „unter maßgeblicher persönlicher Mitwirkung“ Fricks erarbeitet.<sup>16</sup> Auch darauf wird in der Ehrensensorenurkunde lobend Bezug genommen: „[...] seine Tatkraft schuf die zukunftsbestimmenden Gesetze und Verordnungen zur Pflege der Gesundheit und zur Sicherung des Bestandes unseres Volkes.“<sup>17</sup>

**Zusammenfassende Bewertung:** Insgesamt war Dr. Wilhelm Frick ein Protagonist der NS-Diktatur. Er trug damit wesentliche Verantwortung für die Verbrechen des Dritten Reiches. Zu dieser generellen Verantwortung tritt die besondere persönliche Verantwortung für die von ihm in seinem Ressort betriebene Politik der Judenverfolgung (Gesetz zur Wiederherstellung des

---

10 Schulz 1961. Vgl. Lankheit 1998, S. 133 und ausführlich Neliba 1992, S. 73 ff.

11 Zitiert nach Speck 1993, S. 161.

12 Ausführlich dazu Neliba 1992, S. 161 ff.

13 Lankheit 1998, S. 133.

14 Vgl. Neliba 1992, S. 169 f.

15 Schulz 1961.

16 Lankheit 1998, S. 133.

17 Zitiert nach Speck 1993, S. 161.

■ Berufsbeamtentums, Nürnberger Gesetze) sowie für den Aufbau der totalitären Diktatur („Machtergreifung“, Gleichschaltung).

## Quellen

### **Primärquellen:**

UAF A10/109 (Akten Senatsprotokolle im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B1/171 (Akten Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B1/179 (Akten Ehrensensorenwürde Frick im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF D0006 (Bildbestand Ehrensensorenwürde Frick im Universitätsarchiv Freiburg).

### **Sekundärquellen:**

Klee, Ernst (2003): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Lankheit, Klaus (1998): Frick, Wilhelm, in: Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M.: S. Fischer, S. 133–134.

Neliba, Günter (1992): Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn: Schöningh.

Schulz, Gerhard (1961): Frick, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie 5, S. 432–433, einsehbar unter: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd119055201.html#ndbcontent> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Speck, Dieter (1993): „Grenzlanduniversität“ im Nationalsozialismus. Die Verleihung der Ehrensensorenwürde an Reichsminister Dr. Frick in der Aula des Universitätshauptgebäudes, in: Freiburger Universitätsblätter 122, S. 149–164.

Speck, Dieter (2007): Festschrift 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität, Bd. 1: Bilder, Episoden, Glanzlichter, Freiburg: Alber, dort insbes. S. 206–208.

## — Karl Gärtner

**Karl Gärtner (1897–1944), Ministerialdirektor im badischen Kultusministerium, am 10.2.1942 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### Biographischer Überblick

Karl Gärtner wurde am 6.1.1897 in Lahr geboren und starb am 26.11.1944 in Straßburg. Er war Sohn von Emil Gärtner (1869–1927, Lithograph und Betriebsleiter) und Karoline Luise Gärtner (\* 1874, geborene Romann). Karl Gärtner war evangelisch (ab 1939 „gottgläubig“), war seit 1918 mit Friedel Sauer, geborene Mitterlechner, verheiratet und hatte eine Tochter (\* 1927).<sup>18</sup>

Nach einer Privat-Realschule in Lahr besuchte Gärtner die Oberrealschule in Offenburg und 1911 bis 1914 das Vorseminar in Lahr sowie 1914 bis 1917 das großherzogliche Lehrerseminar in Heidelberg. Unterbrochen wurde seine Lehrerausbildung durch den Ersten Weltkrieg (August 1914 Kriegsfreiwilliger, Dezember 1914 Verwundung bei La Bassée, August 1915 Entlassung aus dem Militär, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse). 1917 wurde Gärtner als Schulkandidat in Tannenkirch, Amt Lörrach, angestellt und 1920 bestand er die Dienstprüfung mit der Gesamtnote sehr gut. 1925 wurde Gärtner Hauptlehrer in Meißenheim.<sup>19</sup>

Gärtner war seit 1930 NSDAP-Mitglied (Mitgliedsnummer 231420) und fungierte als Reichsfachredner der Partei. 1930 bis 1934 war er Kreisleiter der NSDAP in Lahr. 1931 wurde er Gauobmann des NS-Lehrerbundes und Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher.<sup>20</sup>

Ab 1933 stieg Gärtner in der Bürokratie des badischen Kultusministeriums auf. 1933 war er zunächst Kommissar zur besonderen Verwendung, dann Ministerialrat im Kultusministerium. 1939 wurde er zum Ministerialdirektor ernannt und war ab 1940 verantwortlich für den Aufbau des deutschen Schulwesens im Elsass.<sup>21</sup>

---

18 Vgl. Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg.

19 Vgl. ebd.

20 Vgl. ebd.; Wöhrle 2008, S. 82.

21 Vgl. Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg; Liessem-Breinlinger 2005, S. 85 f.

Bei der Einnahme Straßburgs durch alliierte Truppen wurde Gärtner bei einem Feuergefecht schwer verletzt und starb drei Tage später am 26.11.1944.<sup>22</sup>

In den Spruchkammerverfahren wurde Gärtner stark belastet: „Zahlreiche Beamte des Kultusministeriums stellten den verstorbenen Ministerialdirektor als ebenso autoritären wie fanatischen Parteimann dar, der für die Nazifizierung des Ministeriums die Allein- oder wenigstens die Hauptverantwortung getragen habe.“<sup>23</sup> Nach Engehausen fand hier auch eine „Schuldabwälzung“ auf den toten Gärtner statt.<sup>24</sup> In einem posthumen Entnazifizierungsverfahren wurde Gärtner dann vom Hauptschuldigen zum Belasteten: Er wurde „u. a. nach dem Zeugnis der Brüder Josef Ludolf Wohleb und Leo [Wohleb] als Belasteter eingestuft, was für die Witwe und die in Lehrerausbildung befindliche Tochter eine finanzielle Erleichterung zur Folge hatte.“<sup>25</sup> In der NS-Zeit hatte Gärtner übrigens seinerseits Leo Wohleb geschützt und Fürsprache für ihn gehalten.<sup>26</sup> 1943 hatte Gärtner Leo Wohleb auch bei dessen Bemühen unterstützt, einen Lehrauftrag an der Universität zu erhalten.<sup>27</sup>

### **Verleihung der Ehrensensorenwürde**

Bisher war nicht eindeutig geklärt, ob Gärtner tatsächlich zum Ehrensensoren ernannt wurde. In der Liste der Ehrensensoren, die in den 1950er Jahren angelegt wurde, ist sein Name mit einem Fragezeichen gekennzeichnet.<sup>28</sup> In der Akte B1/171 im Universitätsarchiv sind weder Schriftverkehr noch Aktenvermerke oder die Urkunde zu Gärtners Ernennung zu finden. Allerdings konnte seine Ernennung mittlerweile mittels verschiedener Quellen verifiziert werden:

Zum einen wird Gärtner im Vorlesungsverzeichnis 1942/43 als Ehrensensoren geführt.<sup>29</sup> Zum anderen ist im Protokoll der Senatssitzung vom 12.1.1942 (Punkt 2) die Bitte des Rektors vermerkt, für Gärtner „die Ernennung zum Ehrensensoren Seitens der Universität Freiburg vorbereiten zu dürfen“<sup>30</sup> – und laut Protokoll der Senatssitzung vom 10.2.1942 wurde dort (Punkt 2) die Verleihung der Ehrensensorenwürde an Oberbürgermeister Kerber und Ministerialdirektor Gärtner beschlossen.<sup>31</sup> In Akte B1/163 finden sich zudem eine Textvorlage für

---

22 Vgl. Engehausen 2016; Muschalek 2016.

23 Engehausen 2016.

24 Ebd.

25 Liessem-Breinlinger 2005, S. 86.

26 Vgl. Wöhrle 2008, S. 81 f., 94 f. und 101.

27 Vgl. ebd., S. 103.

28 Vgl. UAF B1/171, S. 5.

29 Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Universität Freiburg WS 1942/43, S. 5.

30 UAF A10/109, S. 83.

31 Vgl. ebd., S. 84.

— die Ernennungsurkunde, zwei Zeitungsartikel vom 5.3.1942, in denen über die feierliche Verleihung berichtet wird sowie ein Schreiben Gärtners an den Rektor vom 24.2.1942, in dem Gärtner für die ihm „zugesagte Ehrung jetzt schon herzlichen Dank“ sagt.<sup>32</sup>

Der Text der Ernennungsurkunde lautete: „Rektor und Senat der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau verleihen Herrn Ministerialdirektor Karl Gärtner in Anerkennung seiner großen Verdienste die Würde eines Ehrensensors. Sie gedenken dabei dankbar des immer tatkräftigen und bedingungslosen Einsatzes ihres Ministerialdirektors für die sachdienlichen Belange der Universität. Sie würdigen den selbstlosen, stets opferbereiten Kämpfer, der seit langem an der Seite Otto Wackers die Erzieher Badens im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung geführt hat. Sie ehren den Mann, der das kulturelle Leben unseres Gaus an allen seinen Pflegestätten von den Grundschulen bis zu den Universitäten stets mit großem Verständnis für ihre Eigenheit und ihre besonderen Lebensbedingungen gefördert hat und der schließlich Schulen und Lehrer zu beiden Seiten des Oberrheins in rastlosem Bemühen zusammengeführt und damit zur Wiederherstellung der natürlichen Einheit des Oberrheingebietes entscheidend beigetragen hat.“<sup>33</sup>

### Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

**1. Gärtner war überzeugter Nationalsozialist und hatte völkische Überzeugungen.** Gärtner hatte sich schon nach dem Ersten Weltkrieg der völkischen Freiheitsbewegung angeschlossen. 1925 hat er in Meißenheim „national gesonnene Jungbauern und Arbeiter um sich gesammelt und damit den Kern der späteren SA vor Ort geformt“.<sup>34</sup> 1930 trat er in die NSDAP ein und hatte als Kreisleiter in Lahr (1930–1934) gleich eine wichtige Position inne. Hinzu kommt, dass er Reichsfachredner der Partei sowie Gauobmann des NS-Lehrerbundes und Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher war.<sup>35</sup> 1939 bescheinigte ihm der Gaupersonalamtsleiter „die nationalsozialistische Weltanschauung nicht nur rein wissenschaftlich“ zu beherrschen, sie sei „ihm vielmehr selbstverständliche Grundlage seines ganzen Denkens, Handelns und Fühlens geworden.“<sup>36</sup> Er sei einer „der besten Köpfe der Bewegung im Gau

32 UAF B1/163. Zitat aus dem Brief Gärtners an den Rektor: „Der Herr Minister hat mir erklärt, daß er die Ernennung zum Ehrensensator an der Universität, der ich mich besonders verbunden fühle, sehr begrüßen würde. [...] In diesem Sinne möchte ich Ihnen auch für die mir zugesagte Ehrung jetzt schon herzlichen Dank sagen und bitten, diesen Dank auch den Herrn Ihres Senats zu übermitteln.“

33 UAF B1/163. Auch abgedruckt in der Freiburger Zeitung vom 5.3.1942.

34 Liessem-Breinlinger 2005, S. 86.

35 Vgl. ebd., S. 85 f.

36 Zitiert nach Hoffmann 2015.

Baden“.<sup>37</sup> Der Priester Trutmann beschreibt Gärtner rückblickend als „ein glühendes Mitglied der NSDAP, immer in gelber Uniform, von gewalttätigem Charakter“.<sup>38</sup> Gärtner war auch für mehrere Publikationen verantwortlich, die zumindest teilweise Elemente nationalsozialistischer und völkischer Ideologie aufweisen, so z.B. sein „Heimatatlas der Südwestmark Baden“ von 1934.<sup>39</sup> Von Gärtner werden auch folgende Titel mit verantwortet: „Und setzet ihr nicht das Leben ein: Deutsches Kämpfertum im Großen Krieg. Lesestoff für den völkischen Unterricht in den Berufsschulen“ (1941, bearbeitet von Karl Gärtner), „Aufrufe, Tagesbefehle und Reden des Führers im Kriege“ (1941, herausgegeben von Karl Gärtner) und „Wir sind der Erde hartgebräunte Scharen. Lesestoff für den völkischen Unterricht an den Berufsschulen“ (1941, bearbeitet von Karl Gärtner).<sup>40</sup>

**2. Gärtner war ein tragender Funktionär der NS-Diktatur.** Als Ministerialrat und ab 1939 als Ministerialdirektor hatte er eine wichtige Position in der badischen Ministerialbürokratie der NS-Zeit inne und zählte nach dem Minister zu den wichtigsten Verantwortungsträgern im Kultusministerium. Renate Liessem-Breinlinger spricht von ihm als „entscheidendem Mann an der Seite von Kultusminister Schmitthenner“.<sup>41</sup>

**3. Gärtner war als Ministerialdirektor von 1940 bis 1944 wesentlich verantwortlich für die „Germanisierung“ des elsässischen Schulwesens und die „Umschulung“ der elsässischen Lehrerinnen und Lehrer im Sinne des Nationalsozialismus.** „Mit der fachlichen Umschulung der elsässischen Volksschullehrer beauftragte Wagner Ministerialdirektor Gärtner, der als Gauamtsleiter des Amtes für Erzieher der NSDAP auch für die weltanschauliche Schulung aller elsässischen Lehrer in den Gauschulen des NS-Lehrbundes verantwortlich war. Diese ideologischen Zwangsumschulungen, die sich über mehrere Wochen bzw. Monate hinzogen, waren für die Teilnehmer mit Härten verbunden. Sie wurden überdies zum Beitritt in den NS-Lehrerbund und zur parteipolitischen Betätigung verpflichtet.“<sup>42</sup> Liessem-Breinlinger schreibt über Gärtner: „Die Neuordnung des Volksschulwesens trieb er durch effektive Organisation voran: Versetzung junger badischer Lehrer ins Elsass, Umschulung der elsässischen Lehrer in badischen Schulen oder in Gauschulungslagern zu beiden Seiten der Oberrheins. ‚L’Umschulung‘ oder ‚stage de recyclage‘ ist bis

---

37 Zitiert nach Liessem-Breinlinger 2005, S. 86.

38 Zitiert nach Muschalek 2016.

39 Vgl. ausführlich hierzu Hoffmann 2015.

40 Eine umfassende Schriftenanalyse des Publikationskorpus‘ von Gärtner konnte hier nicht geleistet werden. Einer solchen grundlegenden Werkanalyse bliebe eine abschließende Gesamtbeurteilung seines Schrifttums vorbehalten.

41 Liessem-Breinlinger 2005, S. 86.

42 Lennartz 2016, S. 633. Vgl. Kettenacker 1973, S. 203.

■ heute im Elsass ein geflügeltes Wort.“<sup>43</sup> In der Urkunde zur Verleihung der Ehrensensorenwürde lobt die Universität Freiburg Gärtner, der die „Lehrer zu beiden Seiten des Oberrheins in rastlosem Bemühen zusammengeführt und damit zur Wiederherstellung der natürlichen Einheit des Oberrheingebietes entscheidend beigetragen hat.“<sup>44</sup>

**Zusammenfassende Bewertung:** Insgesamt war Karl Gärtner ein überzeugter, völkisch denkender Nationalsozialist. Als Ministerialdirektor im badischen Kultusministerium nahm er eine wichtige Funktion im nationalsozialistischen Staat ein und war persönlich insbesondere für die „Germanisierung“ des elsässischen Schulwesens und die „Umschulung“ seiner Lehrkräfte im nationalsozialistischen Sinne verantwortlich.

## Quellen

### **Primärquellen:**

UAF A10/109 (Akten Senatsprotokolle im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B1/163 (Akten Denkmal für Otto Wacker und Karl Roos und Gedenktafel für Albert Leo Schlageter).

UAF B1/171 (Akten Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

Vorlesungsverzeichnis der Universität Freiburg WS 1942/43, einsehbar unter: <https://www.ub.uni-freiburg.de/recherche/digitale-bibliothek/freiburger-historische-bestaende/vorlesungsverzeichnisse/> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

### **Sekundärquellen:**

Engelhausen, Frank (2016): Materialsammlung für ein Heldenepos? Ein Bericht über den Tod des Ministerialdirektors Karl Gärtner beim Rückzug der deutschen Besatzer aus Straßburg im November 1944, einsehbar unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/03/materialsammlung-fuer-ein-heldenepos-ein-bericht-ueber-den-tod-des-ministerialdirektors-karl-gaertner-beim-rueckzug-der-deutschen-besatzer-aus-strassburg-im-november-1944/> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Hoffmann, Moritz (2015): Karl Gärtner: Heimatatlas der Südwestmark Baden, einsehbar unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2015/07/karl-gaertner-heimatatlaser-suedwestmark-baden/> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

---

43 Liessem-Breinlinger 2005, S. 86.

44 UAF B1/163.

■ Kettenacker, Lothar (1972): Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsass, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg: Gärtner, Karl, einsehbar unter: [http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgi\\_biographien/1012769763/G%C3%A4rtner+Karl](http://www.leo-bw.de/web/guest/detail/-/Detail/details/PERSON/kgi_biographien/1012769763/G%C3%A4rtner+Karl) (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Lennartz, Ulrike (2016): Ein badischer „Preuße“. Paul Schmitthenner, Badischer Staatsminister, in: Kißener, Michael; Scholtzseck, Joachim (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz, München: UVK Verlagsgesellschaft, 3., unveränderte Auflage, S. 623–654.

Liessem-Breinlinger, Renate (2005): Karl Gärtner, in: Sepaintner, Fred Ludwig (Hrsg.): Badische Biographien. Neue Folge, Bd. V, Stuttgart: Kohlhammer, S. 85–87.

Muschalek, Marie (2016): Ein Tag „nicht wie die anderen“: Der Rückzug der deutschen Besatzer aus Straßburg aus der Sicht eines elsässischen Geistlichen und Angestellten im badischen Kultusministerium, einsehbar unter: <http://ns-ministerien-bw.de/2016/04/ein-tag-nicht-wie-die-anderen-der-rueckzug-der-deutschen-besatzer-aus-strassburg-aus-der-sicht-eines-elsaessischen-geistlichen-und-angestellten-im-badischen-kultusministerium/> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Wöhrle, Tobias (2008): Leo Wohleb. Eine politische Biographie, Leinfelden-Echterdingen: Braun.

## — Werner Haustein

**Prof. Dr. Werner Haustein (1894–1959), Reichs- bzw. Bundesbahn, am 2.12.1953 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### **Biographischer Überblick**

Werner Haustein wurde am 1.6.1894 in Dresden geboren und starb am 6.5.1959 in Frankfurt am Main. Er war Sohn eines Verwaltungsbeamten. Vor dem Ersten Weltkrieg besuchte Haustein das Thomas-Gymnasium in Leipzig und gehörte dem Thomanerchor an. Anschließend studierte er Rechtswissenschaft in Genf, Grenoble und Leipzig (1920 Promotion zum Dr. jur.). Unterbrochen wurde sein Studium während des Ersten Weltkriegs vom Kriegsdienst, den er vom August 1914 bis Dezember 1918 bei der Feldartillerie an der Westfront (zuletzt im Rang eines Leutnants) versah. Haustein war Kriegsfreiwilliger, erhielt das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse sowie das Verwundetenabzeichen in Schwarz. Im August 1918 erlitt er eine Gasvergiftung.<sup>45</sup>

Nachdem Haustein 1922 sein zweites juristisches Staatsexamen abgeschlossen hatte, trat er im November 1922 in den Dienst der Reichsbahndirektion in Halle ein. Es schloss sich eine lange Laufbahn in der Verwaltung der Reichs- bzw. Bundesbahn an: Haustein war 1924 bis 1927 Hilfsarbeiter bei der Reichsbahndirektion in Magdeburg, dann 1927 Hilfsarbeiter in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn. 1931 bis 1933 war er Vorstand des Reichsbahn-Verkehrsamts Berlin 5 und 1933 bis 1935 Personaldezernent für Arbeiter-, Lohn- und Sozialfragen bei der Reichsbahndirektion Essen. 1935 wurde er Reichsbahnoberrat. 1936 wurde er zum Reichsbahndirektor ernannt und Referent für Beamtenrecht der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn, bevor er 1937 bis 1941 als Ministerialrat und Referent für Beamtenrecht im Reichsverkehrsministerium und 1941 als leitender Referent für Personalangelegenheiten bei der Zweigstelle Osten des Reichsverkehrsministeriums in Warschau fungierte. 1942 wurde er Präsident des Reichsbahn-Zentralamts für Sozial- und Personalwesen und 1944 schließlich Leiter der Personalabteilung im Reichsverkehrsministerium.<sup>46</sup>

---

45 Vgl. Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein 1959, S. 517 f.; Gottwaldt 2011, S. 436; Die neuen Reichsbahndirektionspräsidenten 1942, S. 321 f.

46 Vgl. Gottwaldt 2011, S. 436; Die neuen Reichsbahndirektionspräsidenten 1942, S. 321 f.; Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein 1959, S. 517 f.

Haustein war NSDAP-Mitglied (seit dem 1.5.1937) und Hauptsturmführer der SA.<sup>47</sup>

Bei Kriegsende wurde Haustein als hoher Beamter der Reichsbahn von den Alliierten in „automatic arrest“ genommen. In der Internierungshaft lernte er Carl Schmitt kennen und gehörte später zu den Förderern der „Academia Moralis“, einem Unterstützerkreis um Carl Schmitt.<sup>48</sup> „Die Mitglieder des Kreises waren sämtlich aus den 20er und 30er Jahren miteinander bekannt, alle hatten sich an der Etablierung des ‚Dritten Reiches‘ an zum Teil prominenter Stelle beteiligt.“ Dieser Kreis um Schmitt war „ein lobbyähnlicher Verein“ von „Personen ähnlicher Gesinnung und mit ähnlichem Schicksal“.<sup>49</sup> Hausteins Unterstützung für Schmitt führte 1949/50 auch dazu, dass zwei Artikel von Schmitt unter dem Namen Hausteins in einer Bahnzeitschrift veröffentlicht wurden (nämlich „Gegenwartsfragen der Verfassung“ und „Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“).<sup>50</sup>

Nach dem Krieg arbeitete Haustein 1946 zunächst als Referent bei der Reichsbahn-Generaldirektion der britischen Zone. 1947 wurde er Dezernent des Reichsbahn-Sozialamts, 1952 Leiter der Rechtsabteilung in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und schließlich 1956 Präsident des Hauptprüfungsamtes der Bahn.<sup>51</sup>

In seinem Nachruf in „Die Bundesbahn“ wird Hausteins Wirken und Engagement in und für verschiedene gesetzliche und betriebliche Sozialeinrichtungen, wie die Stiftung Bahn-Sozialwerk (BSW), die BVA, die Stiftung Eisenbahn-Waisenhort und die Bundesbahnzentralstelle gegen die Alkoholgefahren, erwähnt.<sup>52</sup> Haustein veröffentlichte auch zahlreiche Publikationen, vor allem über Rechtsprobleme des Eisenbahnwesens (u.a. in diversen Fachorganen wie „Zeitung des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen“, „Jahrbuch des Eisenbahnwesens“, „Die Bundesbahn“, „Die Reichsbahn“ etc.), und wurde 1956 Honorarprofessor der Universität Heidelberg.<sup>53</sup>

### **Verleihung der Ehrensensorenwürde**

Auf Anregung von Professor Heilmeyer stimmte die Medizinische Fakultät einstimmig dafür, dem Senat die Ernennung von Werner Haustein zum

---

47 Vgl. Gottwaldt 2011, S. 436.

48 Vgl. Neumann 2015, S. 520.

49 Van Laak 2002, S. 52 f.

50 Vgl. Neumann 2015, S. 520 f.; van Laak 2002, S. 37.

51 Vgl. Gottwaldt 2011, S. 436; Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein 1959, S. 517 f.

52 Vgl. Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein 1959, S. 518.

53 Vgl. ebd.; Gottwaldt 2011, S. 436.

■ Ehrensenator vorzuschlagen.<sup>54</sup> Der Senat stimmte dem Vorschlag seinerseits in seiner Sitzung vom 2.12.1953 einmütig zu.<sup>55</sup> In der Senatssitzung vom 24.2.1954 begrüßte der Rektor dann Dr. Haustein und würdigte, dass er als Mitglied des Aufsichtsrates des Eisenbahnwaisenhorts Freiburg nach dem Krieg daran mitgewirkt habe, dass die Medizinische Fakultät Räume des Waisenhorts behelfsmäßig für die Krankenunterbringung nutzen konnte und dass er bei der Kreditbeschaffung behilflich gewesen sei.<sup>56</sup> Anschließend übergab der Rektor die Ehrenurkunde sowie eine Ehrensenatorenmedaille nebst Band an Dr. Haustein, der sich in einer längeren Rede bedankte.<sup>57</sup>

## Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

**1. Haustein befürwortete die antisemitische Personalpolitik der Bahn.** 1935 veröffentlichte er zusammen mit dem Reichsbahninspektor Berthold Stumpf zum hundertjährigen Eisenbahnjubiläum die Schrift „Hundert Jahre deutsche Eisenbahner“.<sup>58</sup> Darin wird es als Ziel des gegen Juden und politisch Andersdenkende erlassenen Gesetzes zur die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bezeichnet, „die Beamtenschaft von den nach Rassen und Gesinnungen undeutschen Elementen zu befreien“, worum sich die Eisenbahn nach Kräften bemühe.<sup>59</sup> Die Schrift lobt: „Ein neuer Geist hat seit dem 30. Januar 1933 alle Diener des größten Verkehrsunternehmens der Welt durchdrungen. Was fremd an ihnen war, blut-, rasse- oder gesinnungsmäßig nicht zu ihnen gehörte, ist ausgeschieden; was sich ihrer Gemeinsamkeit trennend entgegengestellte, ist überwunden.“<sup>60</sup>

**2. Als Leiter des Referats für Beamtenrecht bei der Bahn (1936–1941) verantwortete Haustein zahlreiche antisemitische Anordnungen.** Zu diesem Ergebnis kommt Gottwaldt in seiner umfassenden Studie über „Die Reichsbahn und die Juden 1933–1939“ von 2011. Gottwaldt schreibt: „Wegen ihrer großen

---

54 Vgl. UAF B12/10, Senatssitzung vom 2.12.1953, S. 11.

55 Vgl. ebd. sowie UAF B1/173.

56 Im Text der Ehrenurkunde heißt es: „Rektor und Senat wollen damit in dankbarer Würdigung die großen Verdienste ehren, welche Herr Dr. Haustein durch die Unterbringung zerstörter Kliniken im Eisenbahnwaisenhort und durch Förderung beim Wiederaufbau von Kliniken um die Universität Freiburg im Breisgau sich erworben hat. In allen Verhandlungen über die dringliche Unterbringung der Kranken zur Zeit der äußersten Raumnot hat Herr Dr. Haustein nicht nur größtes Verständnis für die Sorgen um unsere Kranken bewiesen, sondern darüber hinaus auch durch großzügige Kreditbeschaffung zum beschleunigten Wiederaufbau im Klinikviertel beigetragen“ (Zitiert nach UAF B12/10, Senatssitzung vom 24.2.1954, S. 2 f.; Urkunde siehe UAF D54/54).

57 Vgl. UAF B 12/10, Senatssitzung vom 24.2.1954, S. 3 f.

58 Haustein/Stumpf 1935.

59 Zitiert nach Gottwaldt 2011, S. 140. Vgl. Haustein/Stumpf 1935, S. 188.

60 Zitiert nach Gottwaldt 2011, S. 140. Vgl. Haustein/Stumpf 1935, S. 60.

Zahl auffallend sind [...] die antisemitisch ausgerichteten Erlasse und Verfügungen des Reichsverkehrsministers auf dem Gebiet des Personalwesens. Federführend in diesen Angelegenheiten war innerhalb der [...] Personalabteilung E V das Referat 52 (‚Beamten-, Versorgungs- und Sozialversicherungsrecht‘). Dieses Referat war seit Oktober 1936 [...] Dr. jur. Werner Haustein bis Ende September 1941 übertragen.“<sup>61</sup> In einer Publikation von Gottwaldt und Schulle heißt es: „Die durchgängige antisemitische Haltung im Personalwesen der Reichsbahn wird an einigen Erlassen aus den Jahren 1940 und 1941 deutlich, die im Referat 52 (‚Beamtenrecht‘) des Reichsverkehrsministeriums von Ministerialrat Werner Haustein entstanden sind.“<sup>62</sup> Einige Beispiele für Hausteins antisemitische Verlautbarungen und Maßnahmen:

- Hausteins Referat 52 gab 1938 eine überarbeitete Fassung der „Allgemeinen Dienstanweisungen für die Reichsbahnbeamten“ heraus. Danach wurden „als Ausdruck vorbildlicher nationalsozialistischer Gesinnung des Beamten“ bestimmte Verhaltensweisen gefordert, wie Lektüre der NS-Presse, Eintritt der Kinder in die NS-Jugendorganisationen sowie antisemitisches Verhalten bei der persönlichen Lebensführung.<sup>63</sup> Zitat: „Der Reichsbahnbeamte darf sich nicht mit Juden in Geschäften einlassen, besonders nicht in jüdischen Geschäften einkaufen oder zu jüdischen Ärzten, Rechtsanwälten usw. gehen und dies auch nicht von den Angehörigen seines Hausstandes dulden. Persönlicher Verkehr mit Juden ist zu vermeiden.“<sup>64</sup>
- Haustein führte den Eisenbahnbeamten 1940 in einer in „Die Reichsbahn“ publizierten Rückschau auf Entscheidungen des Reichsdienststrafhofes vor Augen, dass von Bahnbeamten erwartet wird, dass sie keine Geschäfte mit Juden machen. Haustein schreibt: „Wenn im nationalsozialistischen Staat ein Beamter noch in den Jahren 1935, 1936 und 1937 unmittelbar oder durch Vermittlung Dritter bei einem Juden kauft, so schädigt er damit sein Ansehen und das des Beamtenstandes und verletzt auch das in ihn gesetzte Vertrauen.“<sup>65</sup>
- Im Oktober 1938 wurden alle „Juden und Mischlinge ersten Grades“ aus der Eisenbahnverwaltung des Sudetenlandes ohne weitere finanzielle Unterstützung entlassen. „Wieder gab das Beamtenrechtsreferat 52 des

---

61 Gottwaldt 2011, S. 222.

62 Gottwaldt/Schulle 2007, S. 63.

63 Gottwaldt 2011, S. 233.

64 Zitiert nach ebd.

65 Haustein 1940, S. 430. Vgl. Gottwaldt 2011, S. 232 f.

Reichsverkehrsministeriums mit Ministerialrat Haustein die erforderlichen Anweisungen.“<sup>66</sup>

Im Nachruf auf Haustein in „Die Bundesbahn“ von 1959 wird zwar behauptet, Haustein habe durch bahnspezifische Erlasse versucht, dem Beamtengesetz „manche Härte mildernde Auslegung“<sup>67</sup> zu geben, angesichts der zitierten Analysen von Gottwaldt von 2011 scheint dies aber nicht den Kern der Dinge zu treffen.

**Zusammenfassende Bewertung:** Werner Haustein trug als Spitzenfunktionär der Reichsbahn Verantwortung im NS-Staat. Deutlich ist zudem sein Antisemitismus. Als schwerwiegendste Belastung Hausteins müssen seine antijüdischen Anordnungen und Maßnahmen innerhalb der Bahn gelten. Keine Hinweise gibt es derzeit auf direkte Verstrickungen in die KZ-Transporte der Bahn, etwa aus Hausteins Zeit bei der Ostbahn.

## Quellen

### **Primärquellen:**

Haustein, Werner (1940): Entscheidungen des Reichsdienststrafhofs, in: Die Reichsbahn, 16, S. 428–430.

Haustein, Werner; Stumpf, Berthold (1935): Hundert Jahre deutsche Eisenbahner. Die Geschichte eines Berufsstandes, Leipzig: Konkordia.

UAF B1/173 (Akte Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B12/10 (Akte Senatssitzungen im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF D54/54 (Akte Ehrensensoren-Urkunden im Universitätsarchiv Freiburg).

### **Sekundärquellen:**

Die neuen Reichsbahndirektionspräsidenten (1942), in: Die Reichsbahn, 18, S. 321–322.

Gottwaldt, Alfred (2011): Die Reichsbahn und die Juden 1933–1939. Antisemitismus bei der Eisenbahn in der Vorkriegszeit, Wiesbaden: Marix-Verlag.

Gottwaldt, Alfred; Schulle, Diana (2007): „Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt“. Die antijüdische Politik des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945. Forschungsgutachten, erarbeitet im Auftrag des

---

66 Gottwaldt 2011, S. 276.

67 Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein 1959, S. 517.

■ Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Teetz: Hentrich & Hentrich.

Nachruf Präsident Professor Dr. Haustein (1959), in: Die Bundesbahn, 33, S. 517–518.

Neumann, Volker (2015): Carl Schmitt als Jurist, Tübingen: Mohr Siebeck.

Van Laak, Dirk (2002): Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik, 2. Aufl., Berlin: Akademie-Verl.

## — Franz Kerber

**Dr. Franz Anton Josef Kerber (1901–1945), Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, am 10.2.1942 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### **Biographischer Überblick**

Franz Anton Josef Kerber wurde am 25.2.1901 in Freiburg geboren und starb 1945 vermutlich ebenda. Er war Sohn von Franz August Kerber (Bahnhofsvorstand in Endingen) und Fanny Kerber (geborene Bub). Franz Kerber war römisch-katholisch, seit 1925 mit Lore Kerber (1903–1981), geborene Wagemann, verheiratet und hatte drei Kinder (eine Tochter und zwei Söhne).<sup>68</sup>

Nach dem Abitur 1920 in Lahr studierte er zunächst Maschinenbau an der Technischen Hochschule in Karlsruhe und dann Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Freiburg und Erlangen (dort Dissertation über südbadischen Weinbau). 1926 bis 1930 arbeitete er in der Weinhandelsfirma seines Schwiegervaters in Endingen am Kaiserstuhl.<sup>69</sup>

Zum 1.12.1930 kündigte Kerber seine Tätigkeit in der Weinhandelsfirma und wurde Redakteur beim südbadischen NS-Kampfblatt „Der Alemanne“, dessen Leitung er schon nach einem Jahr übernahm.<sup>70</sup> Seit 1931 war Kerber zudem im Gemeinderat seines Wohnorts Endingen.<sup>71</sup> Nachdem er am 6.11.1932 zum NSDAP-Kreisleiter für die Stadt und den Kreis Freiburg geworden war, wurde er 1933 Oberbürgermeister von Freiburg. 1936 musste Kerber den Posten als NSDAP-Kreisleiter wieder aufgeben, da eine Personalunion kommunaler Ämter mit Parteiämtern nicht mehr möglich war. Stattdessen wurde ihm das Ehrenamt des Gauamtsleiters für Kommunalpolitik angetragen, das er 1936 bis 1942 ausfüllte. Freiburger Oberbürgermeister blieb er bis zum Ende des Krieges.<sup>72</sup>

Mitte Mai 1945 kam Kerber in französische Internierung und wurde Verhören unterzogen. Am 4.9.1945 wurde er in einem Wald am Schauinsland bei Freiburg erschossen aufgefunden. Auf Betreiben französischer Dienststellen wurden Nachforschungen hierzu beendet. Die Umstände sind nach wie vor unklar. Aufklärung könnten möglicherweise in Frankreich liegende Akten des Archivs der

---

68 Vgl. Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg.

69 Vgl. Roser 1996, S. 77; Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg.

70 Vgl. Roser 1996, S. 77.

71 Vgl. ebd.

72 Vgl. Haumann u.a. 2001, S. 312; Roser 1996, S. 78, 80 ff.

— französischen Besatzung Deutschlands und Österreichs nach 1945 bringen, die jedoch nach französischem Archivrecht gesperrt sind.<sup>73</sup>

### Verleihung der Ehrensensorenwürde

Auf Vorschlag von Rektor Wilhelm Süß wurde in der Senatssitzung vom 10.2.1942 (Punkt 2) die Verleihung der Ehrensensorenwürde an Oberbürgermeister Kerber und Ministerialdirektor Gärtner beschlossen.<sup>74</sup> Über die „einmütige Zustimmung“ des Senats unterrichtete der Rektor Kerber mit Schreiben vom 12.2.1942.<sup>75</sup> Der Text der Urkunde hebt vor allem auf Kerbers Funktion als „Stadtoberhaupt des Universitätssitzes“ ab. Rektor und Senat anerkennen darin „in Dankbarkeit auch seine gestaltende Arbeit und seinen persönlichen Einsatz bei der Formung des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften, bei der Gründung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Freiburg und bei der Ausbildung der Beamten der öffentlichen Verwaltung“. Gedacht wird zudem seiner „tatkräftigen Förderung der Universitätsbauten“. Kerber sei zudem „ein aufrechter Streiter für die deutsche Sache am Oberrhein schon in der Kampfzeit, wie auch nach der Machtergreifung“ und „Vorkämpfer für die kulturelle Verbindung der Lande diesseits und jenseits des Stromes“.<sup>76</sup>

### Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

**1. Franz Kerber war ein überzeugter Nationalsozialist und hochrangiger NSDAP-Funktionär.** Kerber stand schon zu Beginn der 1920er Jahre dem Nationalsozialismus nahe. Nachdem er bereits 1921 Angehöriger des Freikorps Oberland war (einer Keimzelle der späteren SA in Oberschlesien), wurde er 1922 bis 1924 Mitglied in der Deutschvölkischen Freiheitspartei, deren Ortsgruppe Endingen er nach eigenen Angaben leitete und „die mit einem radikal rassistischen, anti-kommunistischen und antisemitischen Programm eine völkische Diktatur propagierte“.<sup>77</sup> 1924 näherte er sich an die noch verbotene NSDAP an und arbeitete in der NS-Studentengruppe in Erlangen mit.<sup>78</sup> 1930 lernte er den badischen Gauleiter Robert Wagner persönlich kennen und trat der NSDAP bei.<sup>79</sup> In der Folge war er zunächst 1931 NSDAP-Ortsgruppenleiter in

73 Vgl. Hainmüller. Vgl. in der älteren Literatur Middendorff 1976.

74 Vgl. UAF A10/109, S. 84.

75 UAF B1/171, S. 443 f.

76 Ebd., S. 449. Zum Kommunalwissenschaftlichen Institut vgl. UAF B1/3353.

77 Hainmüller 2016, S. 86. Vgl. Roser 1996, S. 77.

78 Vgl. Roser 1996, S. 77.

79 Vgl. ebd. und Klee 2003, S. 304. Nach anderen Angaben trat er 1931 bei (vgl. Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg).

Endingen und ab 6.11.1932 schließlich NSDAP-Kreisleiter in Freiburg.<sup>80</sup> Nachdem er 1936 aufgrund der Unvereinbarkeit mit dem OB-Amt vom Amt des Kreisleiters abtreten musste, wurde er 1936 bis 1942 auf persönlichen Wunsch von Gauleiter Wagner Gauamtsleiter für Kommunalpolitik.<sup>81</sup> Kerber war außerdem als Gau- und Reichsredner der NSDAP tätig.<sup>82</sup> Ab 1938 war er SS-Mitglied, zuletzt Obersturmbannführer (1941).<sup>83</sup> Insgesamt war Kerber schon früh Nationalsozialist und übte – insbesondere als NSDAP-Kreisleiter – hohe, regional bedeutende Parteifunktionen aus. Er war einer „der profiliertesten Vertreter des Nationalsozialismus in Südbaden“<sup>84</sup> und, so Gauleiter Wagner, einer „der besten Köpfe der Bewegung“.<sup>85</sup>

**2. Kerber betrieb als Chef des NS-Kampfblatts „Der Alemanne“ antisemitische und volksverhetzende NS-Propaganda.** Nach Hainmüller war es Kerber, der „die nationalsozialistische Presse in Südbaden zu einer aggressiven Propaganda-Maschine transformierte. Als Hauptschriftleiter des Parteiorgans ‚Der Alemanne‘ nutzte er ab 1932 jede Möglichkeit, die politischen Gegner aus dem Lager der Weimarer Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen und des Kulturbetriebs zu diffamieren und als ‚Volksverräter‘ an den Pranger zu stellen.“<sup>86</sup> Im täglich erscheinenden „Alemannen“ gab es auch eine „Stürmer“-Seite. Die SPD-Frau und Freiburger Lokaljournalistin Käthe Vordtriede schreibt rückblickend darüber: „Dort wurde Tag für Tag ein anderer bekannter Freiburger Jude diffamiert, sein Beruf wurde unmöglich gemacht oder erschwert, Familiengeheimnisse wurden veröffentlicht [...]. Auf dieser Seite wurden die christlichen Geschäftsleute über die Folgen belehrt, die entstehen würden, wenn sie nicht augenblicklich ihre jüdischen Angestellten entließen, Hausbesitzer wurden bedroht, die einem Juden Wohnung oder Geschäftslokal vermietet hatten.“<sup>87</sup>

**3. Kerber war entscheidend für die politische Gleichschaltung der Stadt und des Gemeinderats in Freiburg verantwortlich.** Zunächst sorgte er als Schriftleiter des „Alemannen“ dafür, dass Dr. Karl Bender – Kerbers Amtsvorgänger als OB – seine Position aufgeben musste: „Mit einer wüsten Hetz- und Lügenkampagne im ‚Alemannen‘ hatte Kerber den Boden dafür bereitet, daß Bender die Unhaltbarkeit seiner politischen Lage schließlich einsah und bei Nacht und Nebel die Stadt verließ, um der mittlerweile angeordneten

---

80 Vgl. Roser 1996, S. 77 f.; Hansen 1991, S. 448.

81 Vgl. Roser 1996, S. 78, 80 ff.

82 Vgl. Klee 2003, S. 304.

83 Vgl. ebd.

84 Roser 1996, S. 77.

85 Zitiert nach ebd.

86 Hainmüller 2016, S. 86.

87 Vordtriede 1999, S. 114 f.

„Schutzhaft“ zu entgehen.“<sup>88</sup> Auf der Homepage der Stadt Freiburg wird der Vorgang folgendermaßen beschrieben: „Kerber setzte alles daran, Bender aus dem Amte zu drängen und selber Oberbürgermeister zu werden. Obwohl der Stadtrat, einschließlich der NSDAP-Mitglieder, sich am 07.04.1933 für ein Verbleiben des Oberbürgermeisters, der seinen Rücktritt anbot, im Amte aussprach, sah sich Bender nach einer neuen Verleumdungskampagne Kerbers zu weiterem Widerstand außer Stande und gab am 09.04.1933 auf. Er wurde auf eigenen Antrag ‚aus gesundheitlichen Gründen beurlaubt.‘ Um seiner ‚Schutzhaftnahme‘ vorzubeugen, tauchte Bender im Kloster Beuron ab. Seine Familie, die in Freiburg nun zunehmend Repressalien ausgesetzt war, sah sich genötigt, die Stadt ebenfalls zu verlassen. Anders als vom Stadtrat, der eigentlich Benders Funktion während der Beurlaubung gemäß Gemeindeordnung vertretungsweise an Bürgermeister Hofner übertragen wollte, geregelt, ernannte Wagner am 10.04.1933 Franz Kerber zum kommissarischen OB und schloss eine Rückkehr Benders ins Amt aus. Am 19.05.1933 wählte der inzwischen [...] nach NS-Vorstellungen umgebildete Bürgerschaftsausschuss Franz Kerber zum Oberbürgermeister.“<sup>89</sup> Kerber übte anschließend psychischen Druck auf die verbliebenen Gemeinderäte von Zentrum und SPD aus. Er griff „erneut zum Mittel der Einschüchterung. Er bezeichnete mehrere sozialdemokratische Stadträte als nicht mehr hinnehmbar, da sie ‚gehässige Hetzer gegen den Nationalsozialismus‘ seien. Um den Druck zu erhöhen, schloss er die Sozialdemokraten zudem aus den Stadtratsausschüssen aus. Daraufhin erklärten die sozialdemokratischen Vertreter von Gemeinderat und Bürgerschaftsausschuss am 29. Mai 1933 ihren Rücktritt. [...] Ähnlich verfuhr Kerber mit den Stadträten und -verordneten des Zentrums. Nachdem sich die deutsche Zentrumspartei am 5. Juli 1933 aufgelöst hatte, forderte er sie am 27. Juli 1933 in einem Ultimatum zum Mandatsverzicht auf.“<sup>90</sup>

**4. Kerber übte als Freiburger Oberbürgermeister 1933 bis 1945 eine tragende Funktion im NS-Staat aus.** Positiv anmerken lässt sich möglicherweise, dass Kerber „als Freiburger Oberbürgermeister mehrfach die Interessen der Stadt über die Interessen der Partei“ stellte und „häufig weniger nach ideologischen Argumenten als nach Sach- und Fachkompetenz“ urteilte, so Haumann et al.<sup>91</sup> Positiv interpretiert werden können unter Umständen auch das Freiburger Arbeitsbeschaffungsprogramm, die Förderung der alemannischen Kultur sowie Kerbers Bemühungen um den Fremdenverkehr und den Wohnungsbau – Aktivitäten, die im Einklang mit der NS-Sozialpolitik und der

---

88 Roser 1996, S. 78.

89 Geschichte des Freiburger Gemeinderats unter dem Nationalsozialismus.

90 Neisen 2016, S. 84.

91 Haumann u.a. 2001, S. 312.

■ Volkswohldeologie standen.<sup>92</sup> Allerdings dürfen diese Elemente Kerbers Politik, so Hainmüller, „nicht darüber hinwegtäuschen, dass er der Freiburger ‚Führer‘ eines antidemokratischen und menschenverachtenden Unrechtsregimes war. So war Kerber ein Mitglied der Gesellschaft für Rassenhygiene, verbot den städtischen Beamten den Einkauf bei Juden und forderte ein schärferes Vorgehen gegenüber Zwangsarbeitern. Die Auslöschung von Behinderten, Sinti, Roma, Homosexuellen und politischen Widerstandskämpfern war auch in Freiburg an der Tagesordnung, denn die Stadtverwaltung unterschied sich kaum von jeder anderen im ‚Dritten Reich‘, so auch bei der Deportationen der jüdischen Mitbürger [...] Badens nach Gurs am 22. Oktober 1940.“<sup>93</sup> Unabhängig davon, wie einzelne Aspekte Kerbers Politik beurteilt werden mögen, bleibt insgesamt festzuhalten, dass er als Freiburger Oberbürgermeister als Teil der NS-Diktatur fungierte und an prominenter Stelle für dieses System Verantwortung trug.

**Zusammenfassende Bewertung:** Franz Kerber war sehr früh ein überzeugter Nationalsozialist. Als hochrangiger NSDAP-Funktionär und Oberbürgermeister trug er an hervorgehobener Stelle Verantwortung im und für das NS-Regime und seine Verbrechen. Er betrieb mit allen Mitteln die politische Gleichschaltung in Freiburg und verbreitete als Schriftleiter des „Alemannen“ antisemitische Hetzpropaganda.

## Quellen

### **Primärquellen:**

UAF A10/109 (Akten Senatsprotokolle im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B1/171 (Akten Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B1/3353 (Akten Kommunalwissenschaftliches Institut im Universitätsarchiv Freiburg).

### **Sekundärquellen:**

Geschichte des Freiburger Gemeinderats unter dem Nationalsozialismus, einsehbar unter: <http://www.freiburg.de/pb/.Lde/231027.html> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

---

92 Vgl. Hainmüller 2016, S. 86.

93 Ebd., S. 86 f.

■ Hainmüller, Bernd: Franz Kerber (1901-1945) – der NS-Oberbürgermeister, einsehbar unter: <http://hainmueller.de/publikationen/franz-kerber-1901-1945-der-ns-oberbuengermeister.html> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Hainmüller, Bernd (2016): Franz Anton Josef Kerber (1901–1945) – Oberbürgermeister von Freiburg, 1933–1945, in: Kalchthaler, Peter; Neisen, Robert; von Stockhausen, Tilmann (Hrsg.): Nationalsozialismus in Freiburg. Begleitbuch zur Ausstellung des Augustinermuseums in Kooperation mit dem Stadtarchiv, Petersberg: Michael Imhof Verlag, S. 86–87.

Hansen, Eckhard (1991): Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches, Augsburg: Maro Verlag.

Haumann, Heiko; Rübsam, Dagmar; Schnabel, Thomas; Ueberschär, Gerd R. (2001): Hakenkreuz über dem Rathaus. Von der Auflösung der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges (1930-1945), in: Haumann, Heiko; Schadek, Hans (Hrsg.): Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, 2., ergänzte Auflage, Stuttgart: Theiss, S. 297–370.

Klee, Ernst (2003): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a. M.: S. Fischer.

Landeskundliches Informationssystem Baden-Württemberg: Kerber, Franz Anton Josef, einsehbar unter: [http://www.leo-bw.de/web/guest/detail-/Detail/details/PERSON/kgf\\_biographien/13849746X/Kerber+Franz+Anton+Jose](http://www.leo-bw.de/web/guest/detail-/Detail/details/PERSON/kgf_biographien/13849746X/Kerber+Franz+Anton+Jose) (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Middendorff, Wolf (1976): Ein unaufgeklärter Mord, in Freiburger Almanach, S. 81–85.

Neisen, Robert (2016): Gleichschaltung des Gemeinderats, in: Kalchthaler, Peter; Neisen, Robert; von Stockhausen, Tilmann (Hrsg.): Nationalsozialismus in Freiburg. Begleitbuch zur Ausstellung des Augustinermuseums in Kooperation mit dem Stadtarchiv, Petersberg: Michael Imhof Verlag, S. 84.

Roser, Hubert (1996): Oberbürgermeister Dr. Franz Kerber: 1933–1945, in: Freiburger Almanach, 47, S. 75–82.

Vordtriede, Käthe (1999): „Es gibt Zeiten, in denen man welkt“. Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Detlef Garz, Lengwil: Libelle.

## — Franz Xaver Rappenecker

**Franz Xaver Rappenecker (1894–1965), katholischer Sozialpolitiker, am 23.3.1955 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### **Biographischer Überblick**<sup>94</sup>

Franz Xaver Rappenecker wurde am 21.11.1894 in Freiburg geboren und starb am 23.3.1965 ebenda. Er war Sohn von Karl (1844–1916, Gipser) und Afra Rappenecker (1859–1953, geb. Künstle). Franz Xaver Rappenecker war katholisch, seit 1920 mit Elisabeth (1892–1972, geb. Zuscheid) verheiratet und hatte drei Kinder: Egon (1921–1980), Gerhard (1923–1943) und Waltraud (\*1925).

Nach der Volksschule absolvierte Rappenecker eine Buchbinderlehre beim Herderverlag in Freiburg. 1914 bis 1918 war er Soldat und kehrte als Kriegsbeschädigter aus dem Ersten Weltkrieg zurück. Nach dem Krieg war er zunächst im Hauptversorgungsamt Karlsruhe (1918 bis 1921) und im Versorgungsamt Freiburg (1921 bis 1923) tätig. Ab 1923 arbeitete er für die Caritas: 1923 bis 1930 war er Geschäftsführer des Caritas-Verlages und 1930 bis 1946 Leiter des „Seminars für Wohlfahrtspflege“ (Berufsschule für Wohlfahrtspflege).

Parallel bildete er sich fort: 1920 Externenabitur am Realgymnasium Freiburg und 1927 Promotion zum Dr. rer. pol. bei Prof. Walther Mahlberg in Freiburg. Bis 1933 übernahm er eine Lehrtätigkeit am Institut für Caritaswissenschaft der Universität Freiburg (Prof. Franz Keller).

Politisch stand Rappenecker der christlichen Soziallehre nahe. Er war früh Mitglied der christlichen Gewerkschaften, Personalratsvorsitzender in seiner Zeit beim Hauptversorgungsamt Karlsruhe und von 1930 bis 1933 Mitglied des Freiburger Kreisrates und Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Rappenecker, der nicht der NSDAP beitrug, war 1913 bis 1933 Mitglied der Zentrumspartei.<sup>95</sup> Nach dem Krieg trat er in die Badische Christlich-Soziale Volkspartei bzw. CDU ein.

1946 bis 1951 war Rappenecker Ministerialrat und stellvertretender Leiter im badischen Ministerium für Arbeit und nahm Einfluss auf die badische Sozialgesetzgebung. Auf eine Übernahme in das Stuttgarter Arbeitsministerium nach Gründung des Südweststaates verzichtete er 1952 und „zog einen durch Ehrenämter ausgefüllten fünfjährigen [?] Wartestand in Freiburg einer Karriere

94 Zusammenstellung im Wesentlichen nach Weinacht 2013, S. 301 f.

95 Vgl. StAF D 180/2 Nr. 17138 (Spruchkammerakte).

■ außerhalb seiner Heimatstadt vor“.<sup>96</sup> 1959 trat er in den endgültigen Ruhestand ein. Rappenecker war Vorsitzender des Freiburger Verkehrsvereins (seit 1949) und Vorsitzender des Diözesanvorstandes der Vinzentius-Konferenz für die Erzdiözese Freiburg (1953–1964).<sup>97</sup>

Rappenecker war (ab etwa 1948/49) Mitglied des Universitätsbeirats und (ab 1955) Ehrensensator der Universität Freiburg sowie (seit 1959) Träger des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse.<sup>98</sup>

### **Verleihung der Ehrensensatorenwürde**

Rappeneckers Ernennung zum Ehrensensator erfolgte nicht ohne Komplikationen. Am 9.11.1954 regte Rektor Max Pfannenstiel im Senat die Ernennung Rappeneckers zu dessen 60. Geburtstag an. Nach einer Aussprache zog der Rektor die Anregung aber wieder zurück.<sup>99</sup> Am 22.12.1954 schlug der Rektor dem Senat Rappenecker erneut vor und wies darauf hin, dass er seinen Vorschlag zunächst zurückgezogen habe, da es von dritter Seite Vorwürfe zur Person Rappenecker gegeben habe, die durch zwischenzeitliche Erkundigungen, insbesondere beim Erzbischöflichen Ordinariat, jedoch als unberechtigt zu bewerten seien. Bei der folgenden Abstimmung gab es sieben Ja-Stimmen und sieben Enthaltungen. Angesichts der hohen Zahl der Enthaltungen wurde sodann eine erneute Befassung des Senats mit der Causa Rappenecker in Aussicht genommen.<sup>100</sup> In der Senatssitzung am 2.2.1955 trug der Rektor vor, er habe seine Anregung bezüglich Rappenecker vorerst zurückgestellt.<sup>101</sup> In der Senatssitzung vom 23.3.1955 griff Rektor Pfannenstiel das Thema dann erneut auf und erläuterte, dass es aus kirchlichen Kreisen Bedenken wegen Rappeneckers Haltung im Nationalsozialismus gegeben habe. Von Seiten kirchlicher Würdenträger (Erzbischof, Generalvikar) würde die Ernennung Rappeneckers jedoch gutgeheißen. Rappenecker sei außerdem bereits bei der Berufung zum badischen Ministerialrat durch Leo Wohleb überprüft worden. Professor Bernhard Welte erklärte daraufhin, dass er seine zuvor geäußerten Bedenken jetzt zurückstellen könne, da von kirchlichen Amtsinhabern die Ehrung begrüßt würde. Anschließend beschloss der Senat einstimmig, Rappenecker die Ehrensensatorenwürde zu verleihen.<sup>102</sup> In der Ernennungsurkunde wird unter anderem auf Rappeneckers Verdienste als

---

96 Weinacht 2013, S. 302.

97 Vgl. ebd., S. 301 f.

98 Vgl. ebd., S. 301; UAF B 1/173.

99 Vgl. UAF B12/11, Senatssitzung vom 9. November 1954, S. 4. Vgl. auch UAF B1/173.

100 Vgl. UAF B12/11, Senatssitzung vom 22. Dezember 1954, S. 14. Vgl. auch UAF B1/173.

101 Vgl. UAF B12/11, Senatssitzung vom 2. Februar 1955, S. 6 f.

102 Vgl. UAF B12/11, Senatssitzung vom 23. März 1955, S. 14. Vgl. auch UAF B1/173.

Präsident des Freiburger Verkehrsvereins und Universitätsbeiratsmitglied verwiesen. „Rektor und Senat wollen damit in dankbarer Würdigung die Verdienste ehren, welche Herr Dr. Rappenecker sich in steter Verbundenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber den Belangen der Universität und des akademischen Auslandsamtes, insbesondere in seiner Eigenschaft als Präsident des Freiburger Verkehrsvereins und als Mitglied des Freiburger Universitätsbeirats um die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau erworben hat.“<sup>103</sup>

### Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

Aus der Analyse der Literatur lassen sich mit Blick auf Rappenecker verschiedene belastende Momente im Zusammenhang mit der Verhaftung von Getrud Luckners aufgrund ihrer Hilfe für Juden festhalten:

**1. Rappenecker fungierte ab ca. 1938 als Gestapo-Spitzel.** Dass dem so war, lässt sich aus den Gestapo-Akten rekonstruieren. Es heißt dort: „Durch eine Verbindungsperson der Außendienststelle Freiburg, die bei der Caritas-Zentrale in Freiburg tätig ist, war es möglich, Einzelheiten über die Tätigkeit der Luckner zu erfahren.“<sup>104</sup> Die Verbindungsperson, von der in den Akten in männlicher Person gesprochen wird, wird im Weiteren nicht namentlich genannt, aber „nach dem Kriege identifizierten Zeugenaussagen als Informanten den Schulleiter des Seminars für Wohlfahrtspfleger, Franz Xaver Rappenecker“, so Wollasch.<sup>105</sup> Rappenecker selbst wollte, „wie er später geltend machte, mit dieser Zusammenarbeit, die den Nazis nichts Neues offenbart habe, Möglichkeiten schaffen, anderen Bedrohten zu helfen und Gefahren von der Caritas abzuwenden.“<sup>106</sup> Indirekt räumte er die Zusammenarbeit damit offenbar ein. In ihrer Monographie über die Gestapo schreiben Dams und Stolle: „In Freiburg besaß die Gestapo ebenfalls Spitzel im konfessionellen Milieu, so etwa einen Angehörigen der Caritaszentrale, Franz Xaver Rappenecker“.<sup>107</sup> Haumann et al. bezeichnen Rappenecker als „Verbindungsmann zur Gestapo“.<sup>108</sup> Paul-Ludwig Weinacht nennt Rappenecker einen „Vertrauensmann‘ der Gestapo“.<sup>109</sup>

**2. Rappenecker denunzierte bei seiner Spitzeltätigkeit Gertrud Luckner, die Jüdinnen und Juden half.** Es war – so Haumann et al. – „der spätere

---

103 UAF D54/26.

104 Zitiert nach Wollasch 1999, S. 70.

105 Ebd.

106 Haumann u.a. 2001, S. 342.

107 Dams/Stolle 2012, S. 81.

108 Haumann u.a. 2001, S. 342.

109 Weinacht 2013, S. 301.

Ministerialdirektor Franz Xaver Rappenecker, der Frau Luckner denunzierte.“<sup>110</sup> Nach Dams und Stolle war es so, dass Rappenecker „der Gestapo seine Dienste bei der Überwachung von Gertrud Luckner und ihrer Initiativen zur Fluchthilfe von Juden anbot. Rappenecker trug mit seinen Aussagen dazu bei, dass sich die Gestapo ein detailliertes Bild über die „Judenhilfe‘ Gertrud Luckners machen konnte.“<sup>111</sup> Weinacht, für den Rappeneckers Spitzeltätigkeit auch „manchen Schaden für die Caritas abwenden konnte“,<sup>112</sup> formuliert über Rappeneckers Wirken in Sachen Luckner nur vage: „Bei der politisch bedingten Verfolgung von Gertrud Luckner [...] geriet er in eine menschlich schwierige Situation“.<sup>113</sup> In den Akten der Gestapo heißt es in anonymer Form: „Durch eine V[erbindungs]-Person der Außenstelle Freiburg, die bei der Caritas-Zentrale in Freiburg tätig ist, war es möglich, Einzelheiten über die Tätigkeit der Luckner zu erfahren. Hierbei ist zunächst bemerkenswert, daß dieser, als er den Namen Luckner hörte, sofort zu sagen wußte, daß sie mit Juden Umgang pflege und sich dieser besonders annehme.“<sup>114</sup> Nach der Quellenanalyse von Hans-Josef Wollasch hat Rappenecker immer wieder über Luckners Reisevorhaben berichtet und weitergegeben, mit wem sie sich auf ihren Reisen treffen möchte.<sup>115</sup>

**3. Eine Mitteilung Rappeneckers trug zur Verhaftung von Luckner bei.** Im Bericht des Polizeisekretärs Hans von Ameln über die Festnahme von Gertrud Luckner heißt es: „Am 23.3.1943 teilt ein V[erbindungs]-Mann der Aussendienststelle Freiburg mit, dass die L. am 25.3.1943 ihre beabsichtigte Reise antreten werde. [...] Gegen 19 Uhr teilte der Leiter der Aussendienststelle Freiburg mit, dass er von dem V[erbindungs]-Mann soeben die Mitteilung erhalten habe, dass die L. nach Angaben ihrer Sekretärin ‚unter gewissen geheimnisvollen Umständen‘ mit dem Zug 18`32 Uhr Freiburg verlassen habe, und das Reiseziel nicht bekannt sei.“<sup>116</sup> Wollasch weist in einer Fußnote daraufhin, dass es sich bei dem erneut nicht namentlich genannten Verbindungsmann um Rappenecker handelt.<sup>117</sup> Luckner wurde sodann auf der Fahrt im Zug verhaftet. Sie kam zunächst für einige Monate in Polizeihaft und war dann ab November 1943 bis 1945 im KZ Ravensbrück interniert.

Luckner, die das KZ überlebte, stellte nach dem Krieg Nachforschungen an, wie ihre Hilfstätigkeit der Gestapo bekannt werden konnte. Es gab Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Freiburg, bei denen auch Rappenecker befragt wurde.

---

110 Haumann u.a. 2001, S. 342.

111 Dams/Stolle 2012, S. 81.

112 Weinacht 2013, S. 301.

113 Ebd., S. 301 f.

114 Zitiert nach Wollasch 1999, S. 111.

115 Vgl. ebd., S. 114, 126 f., 145, 148.

116 Zitiert nach ebd., S. 155 f.

117 Siehe ebd., S. 155, Fn. 310.

■ „Rappenecker räumte taktisch vereinbarte Informationen ein [...]. Da eine zentrale Figur in diesem Zusammenhang, [...] Polizeisekretär Hans von Ameln 1945 durch Fliegerangriff ums Leben gekommen war, wurden die Verfahren [...] eingestellt. Dies entsprach auch dem Wunsch des Kardinals Josef Frings von Köln“, der darüber mit Luckner ein Gespräch führte.<sup>118</sup> „Gertrud Luckner akzeptierte diesen für den Caritasverband und die Kirche schonenden Ausgang.“<sup>119</sup> Paul-Ludwig Weinacht, der Rappenecker insgesamt milder beurteilt, macht geltend, dass die von der Staatsanwaltschaft „weithin aufgeklärten Vorgänge“ nicht zur Anklageerhebung geführt hätten. Rappenecker sei „von einer Reinigungskommission als ‚unbelastet‘ eingestuft worden“.<sup>120</sup>

**Zusammenfassende Bewertung:** Insgesamt kann nach dem gegenwärtigen Stand der historischen Forschung festgehalten werden, dass Franz Xaver Rappenecker im Nationalsozialismus als Spitzel für die Gestapo tätig war, dass er Gertrud Luckner und ihre „Judenhilfe“ denunzierte und dass er mit seinen Informationen zur Verhaftung von Gertrud Luckner beitrug.

## Quellen

### **Primärquellen:**

UAF B1/173 (Akten Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF B12/11 (Akten Senatsprotokolle im Universitätsarchiv Freiburg).

UAF D54/26 (Akten Ernennungsurkunden Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

StAF D 180/2 Nr. 17138 (Spruchkammer-Akte im Staatsarchiv Freiburg).

StAF F 30/1 Nr. 1661 (Personalakte Rappenecker im Staatsarchiv Freiburg).

### **Sekundärquellen:**

Dams, Carsten; Stolle, Michael (2012): Die Gestapo: Herrschaft und Terror im Dritten Reich, 3. Auflage, München: Beck.

Haumann, Heiko; Rübsam, Dagmar; Schnabel, Thomas; Ueberschär, Gerd R. (2001): Hakenkreuz über dem Rathaus. Von der Auflösung der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges (1930–1945), in: Haumann,

---

118 Wollasch 2005, S. 49.

119 Ebd.

120 Weinacht 2013, S. 302. Nach den Angaben in der Personalakte wird Rappenecker aufgrund des Reinigungsverfahrens als „verbleibend im Dienst“ eingestuft (StAF F 30/1 Nr. 1661).

■ Heiko; Schadek, Hans (Hrsg.): Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, 2., ergänzte Aufl., Stuttgart: Theiss, S. 297–370.

Weinacht, Paul-Ludwig (2013): Rappenecker, in: Sepaintner, Fred Ludwig (Hrsg.): Baden-Württembergische Biographien, Bd. V, Stuttgart: Kohlhammer, S. 301–302.

Wollasch, Hans-Josef (1999): „Betrifft: Nachrichtenzentrale des Erzbischofs Gröber in Freiburg“. Die Ermittlungsakten der Geheimen Staatspolizei gegen Gertrud Luckner 1942–1944, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.

Wollasch, Hans-Josef (2005): Gertrud Luckner – „Botschafterin der Menschlichkeit“, Freiburg: Herder.

## — Emil Tscheulin

**Emil Wilhelm Tscheulin (1884–1952), Aluminiumunternehmer und Präsident der IHK Freiburg, am 15.6.1938 zum Ehrensensator der Universität Freiburg ernannt**

### Biographischer Überblick

Emil Wilhelm Tscheulin wurde am 26.12.1884 in Teningen geboren und starb am 17.10.1952 ebenda. Er war Sohn von Karl August Tscheulin (Eisengießer in Teningen) und Caroline Tscheulin (geborene Schneider). Emil Tscheulin war evangelisch, seit 1910 mit Elise (1884–1980) verheiratet und hatte zwei Kinder: Gretel Frieda (1913–2004) und Gertrud (1919–2012).<sup>121</sup>

Tscheulin war in der Metallbranche tätig. 1899 bis 1902 absolvierte er zunächst eine Schlosserlehre in der Maschinenfabrik und Eisengießerei Saaler, Teningen. 1906 wurde er dort zum technischen Betriebsleiter ernannt. 1910 übernahm Tscheulin die von Saaler gegründete Aluminium GmbH. 1913 gründete Tscheulin mit seinem Schwager dann die Aluminium-Folien-Fabrik GmbH in Teningen. Ab 1914 war er als Unteroffizier an der Westfront, bis er 1917 zurückberufen wurde, vermutlich „um in seinem Werk Granatzünder für das Heer zu fabrizieren“.<sup>122</sup> Nach anderen Kooperationen gründete er 1926 die Aluminiumwerk Tscheulin GmbH. Die Firma hatte zunächst in Deißlingen, ab 1929 wieder in Teningen ihren Sitz. 1938 wurde Tscheulin, dessen Werk auch für die Rüstung von Bedeutung war, der Titel eines „Wehrwirtschaftsführers“ verliehen.<sup>123</sup>

Neben seiner Tätigkeit als Unternehmenschef war Tscheulin in der Wirtschaftskammer aktiv. 1933 bis 1945 war er Präsident der Industrie- und Handelskammer Freiburg, ab 1940 auch Präsident der IKH Mulhouse (bis 1942) und der IHK Colmar (bis 1943).<sup>124</sup>

Unmittelbar mit dem Einmarsch der Franzosen kam Tscheulin in Haft.<sup>125</sup> Am 27. April 1945 wurde er „wegen seiner Eigenschaft als ‚Wehrwirtschaftsführer‘ und seines Amtes als Präsident der Industrie- und Handelskammer Freiburg in der Zeit des ‚Dritten Reiches‘ verhaftet und zunächst in das Gefängnis von Offenburg überführt, ehe er Mitte Oktober in das Internierungslager für führende ehemalige

---

121 Vgl. Neisen 2016, S. 552.

122 Ebd., S. 553.

123 Vgl. ebd., S. 552 ff.; Neisen 2014, S. 23, 30, 38, 43-46, 60.

124 Vgl. Neisen 2016, S. 554 f.

125 Vgl. Peter 1998, S. 181.

— Nationalsozialisten in Freiburg-Betzenhausen eingewiesen wird.“<sup>126</sup> „Gleichzeitung stellten die Alliierten sein Vermögen unter Kontrolle der französischen Militärregierung und ließen das Aluminiumwerk ab August 1946 demontieren, welches als Reparationsgut in die USA verschifft wurde.“<sup>127</sup> „T. blieb bis zum 15. Dezember 1948 in Internierungshaft.“<sup>128</sup> „Erfolgreicher war T. mit seinem Versuch, das am 5. März 1947 ergangene Urteil im Verfahren zur politischen Säuberung der Wirtschaft, das ihn als ‚Prototyp der NS-Industriellen‘ bezeichnet und ihm jegliche zukünftige unternehmerische Tätigkeit untersagt hatte, zugunsten einer mildereren Beurteilung zu revidieren: Typisch für die Zeit erreichte T. im endgültigen Entnazifizierungsverfahren am 7. November 1949, dass er als ‚minderbelastet‘ eingestuft wurde und nur 5000 DM zahlen musste.“<sup>129</sup> 1949 bis 1951 baute Tscheulin das Werk wieder auf.<sup>130</sup>

Bei allen Schattenseiten galt und gilt Tscheulin vielen „als herausragender Unternehmer, der seiner Heimatgemeinde Teningen durch die Gründung eines weltbekannten Aluminiumwerks unbekanntem Wohlstand beschert und sich als Förderer der regionalen Wirtschaft sowie als sozial eingestellter Fabrikant ausgezeichnet hat.“<sup>131</sup> Dies hat zu verschiedenen Ehrungen in Teningen und Köndringen geführt. Die Gemeinde Teningen erkannte Tscheulin nach dem Krieg die Ehrenbürgerwürde jedoch wieder ab. 1951 ernannte ihn dafür Köndringen zum Ehrenbürger.<sup>132</sup> Außerdem wurde 1954 eine Tafel an der Kirche in Köndringen zu Ehren Tscheulins angebracht. 2015 wurde hier auf Anregung der Initiative „DEMO – Denkmäler ohne Nazis“ eine kritische Ergänzungstafel angebracht. Im Rathaus Teningen befindet sich ein großes Gemälde, das Tscheulin zeigt.<sup>133</sup> Zudem existiert in Teningen eine Tscheulinstraße.<sup>134</sup>

Es gibt nach wie vor Diskussionen um die Bewertung Tscheulins. 2012 sprach sich der Gemeinderat Teningen überraschend gegen eine wissenschaftliche Aufarbeitung aus.<sup>135</sup> 2012 kündigte Emil Tscheulins Enkel Hans-Georg Otten-Tscheulin an, eine – wie die Badische Zeitung berichtete – „wissenschaftlich-präzise Untersuchung anfertigen zu lassen“.<sup>136</sup> 2013 gab es eine Podiumsdiskussion mit Norbert Ohler, Mitverfasser der Teningen Ortschronik,

---

126 Neisen 2014, S. 77. Vgl. Neisen 2016, S. 556.

127 Neisen 2016, S. 556.

128 Ebd. Bei Peter heißt es: „Nach 1945 büßte Emil Tscheulin die Förderung der Diktatur mit 40 Monaten Internierungshaft“ (Peter 1998, S. 146).

129 Neisen 2016, S. 556.

130 Vgl. ebd.

131 Ebd., S. 552.

132 Vgl. Müller 2013; Müller 2015.

133 Neisen 2016, S. 556.

134 Vgl. Müller 2013.

135 Vgl. Alexander 2012a.

136 Alexander 2012b.

und Wolfram Wette, Freiburger Historiker.<sup>137</sup> Beide waren auch bei der Einweihung der kritischen Ergänzungstafel an der Köndringer Kirche 2015 zugegen.<sup>138</sup> Vermutlich im Jahr 2015 wurde eine Broschüre mit dem Titel „Emil Tscheulin – jetzt spreche ich“ produziert.<sup>139</sup> In der Einleitung bezeichnet Tscheulin-Enkel Otten-Tscheulin die Köndringer Ergänzungstafel als „Schmähtafel [...] zum Nachteil von Emil Tscheulin“. 2016 publizierte der Tscheulin-Enkel Hans-Georg Otten-Tscheulin zusammen mit dem nicht in direkter Verwandtschaftslinie stehenden Dieter K. Tscheulin eine biographische Schrift mit dem Titel „Der Tscheulinger. Emil Tscheulin – Teningen“.<sup>140</sup> Darin heißt es mit Blick auf Emil Tscheulin: „Bei seinen anfänglichen Entscheidungen zu Gunsten der nationalsozialistischen Partei hat er sich auf die Beurteilung der protestantischen Kirche, des Rektors der Universität Freiburg und auf die Wählermehrheit verlassen, was sich später als großer Fehler erwies.“<sup>141</sup>

### **Verleihung der Ehrensensorenwürde**

Am 25. Februar 1938 schrieb der Rektor an den Dekan der Naturwissenschaftlich-Mathematischen Fakultät, dass Tscheulin erneut 25.000 RM für Forschungszwecke des Chemischen Laboratoriums zur Verfügung gestellt habe und schlug deshalb eine Ehrung vor: „Ich bin [...] der Auffassung, daß Herr Tscheulin [...] eine akademische Ehrung verdient hätte.“ Denkbar sei eine Ehrenpromotion oder die Ehrensensorenwürde. „Ich wäre daher dankbar, wenn Sie im Benehmen mit dem Direktor des Chemischen Laboratoriums [Staudinger] die Frage prüfen wollten.“<sup>142</sup> Am 17. Mai 1938 antwortete der Dekan, dass aus seiner Sicht die Ehrensensorenwürde angemessen sei. „Ich bitte daher den Herrn Rektor, Herrn Tscheulin die akademische Würde eines Ehrensensors zu verleihen.“<sup>143</sup> Die Verleihung fand am 15.6.1938 während der Amtszeit von Rektor Otto Mangold statt. In der auf Vorschlag von Staudinger formulierten Ehrenurkunde heißt es, dass die Universität Tscheulin die Ehrensensorenwürde „in Würdigung seiner bedeutenden erfinderischen Leistungen auf dem Gebiet der Aluminiumverarbeitung“ und „in Anerkennung seiner hochherzigen Förderung der wissenschaftlichen Bestrebungen der Universität“ verleiht.<sup>144</sup>

---

137 Vgl. Müller 2013.

138 Vgl. Zimmermann 2015.

139 Vgl. Otten-Tscheulin ca. 2015.

140 Vgl. Otten-Tscheulin/Tscheulin 2016.

141 Ebd., S. 170.

142 UAF B1/171, S. 345.

143 Ebd., S. 354.

144 UAF B1/171.

## Hintergrund der Distanzierungsempfehlung

Aus der Auswertung der Literatur lassen sich verschiedene für Tscheulin belastende Momente benennen:

**1. Tscheulin war überzeugter und engagierter Nationalsozialist.** „Schon früh, seit dem Herbst 1929, sympathisiert der Unternehmer mit den Nationalsozialisten.“<sup>145</sup> „Spätestens Anfang 1930 bekannte sich der zunächst der DNVP nahestehender T. als einer von nur wenigen bad. Industriellen noch vor der ‚Machtübernahme‘ zum Nationalsozialismus [...]“.<sup>146</sup> Offiziell trat Tscheulin der NSDAP 1932 bei (Mitgliedsnummer 1356253).<sup>147</sup> Er selbst nannte sich 1933 bereits einen alten Nationalsozialisten.<sup>148</sup>

Schon vor seiner NSDAP-Mitgliedschaft engagierte sich Tscheulin für den Nationalsozialismus. „Emil Tscheulin ist [...] maßgeblich an der Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP in Teningen im Oktober 1930 und am Aufbau einer Sturmabteilung (SA) im Amtsbezirk Emmendingen ab dem Winter 1930/31 beteiligt.“<sup>149</sup> Auf Vorschlag Tscheulins wurde sein Walzwerkmeister Wilhelm Heß 1930 erster NSDAP-Ortsgruppenleiter in Teningen.<sup>150</sup> Ab 1932 war Heß auch Sturmbannführer der SA.<sup>151</sup> Tscheulin stellte ihn für seine Parteiarbeit weitgehend von der Arbeit im Werk frei.<sup>152</sup> Weit über die Hälfte der ersten Mitglieder der Ortsgruppe waren offenbar Beschäftigte des Tscheulin-Werks.<sup>153</sup> Peter sieht Anzeichen, dass Beschäftigte Tscheulins zum Parteieintritt gedrängt wurden.<sup>154</sup> Laut Wilhelm Heß war das Werk eine „nationalsozialistische Hochburg“.<sup>155</sup> Tscheulins Einfluss trug möglicherweise „erheblich dazu bei, daß die NSDAP in den letzten freien Wahlen [...] in der Gemeinde die meisten Stimmen erhielt“.<sup>156</sup>

Tscheulin unterstützte die Nazis auf vielfältige Weise, etwa indem er Ortsgruppenleiter Heß „für schriftliche Arbeiten eine Schreibkraft zur Verfügung“ stellte.<sup>157</sup> „Entgegen einer eidesstattlichen Erklärung vom April 1947, wonach er niemals Subventionen oder Geldzuschüsse an die Partei, ihre Gliederungen oder Formationen gezahlt habe, förderte er auch die Teningen SA in vielfältigster

---

145 Neisen 2014, S. 59.

146 Neisen 2016, S. 554.

147 Ebd., S. 552.

148 Vgl. Peter 1998, S. 145.

149 Neisen 2014, S. 60.

150 Vgl. Peter 1998, S. 145.

151 Vgl. Ohler 1990, S. 403.

152 Vgl. Neisen 2014, S. 60.

153 Vgl. Peter 1998, S. 145.

154 Vgl. ebd.

155 Zitiert nach ebd.

156 Ebd.

157 Ohler 1990, S. 403.

— Weise, indem er z. B. deren Materialkosten übernahm und ihr Räumlichkeiten und Personal seines Werkes zur Verfügung stellte.“<sup>158</sup> Weitere Unterstützung gewährte er, indem er „für die SA die Material-, Papier- und Telefonkosten übernimmt.“<sup>159</sup> Auch diente Tscheulins Werk „der SA als Ort des Rückzugs, aus dem sie ihre Ausfälle gegen Kommunisten und Sozialdemokraten macht.“<sup>160</sup> „Darüber hinaus hatte Tscheulin sich sogar verpflichtet, alle Schäden zu bezahlen, die bei Saalschlachten entstehen würden – vorausgesetzt, die Teningener SA-Leute gingen als Sieger daraus hervor“, so Peter.<sup>161</sup> „Daneben besorgte T. sogar Waffen für die ‚Bewegung‘.“<sup>162</sup> Es war Tscheulins Aluminiumwerk, das damals „auch die Stangen und Sturmflaggen der Teningener SA gießt“.<sup>163</sup> Tscheulin produzierte in seiner Fabrik „Flaggenstangen und Totschläger für die örtliche SA“.<sup>164</sup>

Dafür, dass Tscheulin überzeugter Nationalsozialist war, spricht auch seine Ernennung zum IHK-Präsidenten 1933 sowie seine Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer 1938 – „ein Titel der zu diesem Zeitpunkt nur überzeugten Nationalsozialisten verliehen wird“.<sup>165</sup> Laut Peter bzw. Ohler pflegte Tscheulin im Übrigen „enge und freundschaftliche Kontakte“ zu Gauleiter Robert Wagner<sup>166</sup> und „bewirtete und beherbergte“ Parteiprominenz, soweit sie nach Teningen kam.<sup>167</sup>

Insgesamt war Emil Tscheulin ein aktiver NS-Repräsentant von regionaler Bedeutung. Nach Robert Neisen war er ein „wichtiger lokaler und regionaler Förderer des Nationalsozialismus“.<sup>168</sup>

**2. Tscheulin unterstützte als IHK-Präsident das NS-Regime.** „An der politischen Unterstützung der Diktatur durch die Freiburger IHK besteht kein Zweifel. [...] Dabei ist auch ein vorauseilender Gehorsam zu konstatieren, dem kein äußerer Zwang zugrunde liegen mußte.“<sup>169</sup> Tscheulin steuerte die „politische und ideologische Anpassung der südbadischen Kammern“ an das NS-Regime.<sup>170</sup> „Seine Nähe zur NSDAP“ war bereits „der Grund für seine Ernennung

---

158 Neisen 2016, S. 554. Vgl. Neisen 2014, S. 60; Ohler 1990, S. 402 f.; Peter 1998, S. 145.

159 Neisen 2014, S. 60.

160 Ebd.

161 Peter 1998, S. 145. Vgl. Ohler 1990, S. 402 f.

162 Neisen 2016, S. 554.

163 Neisen 2014, S. 60.

164 Neisen 2016, S. 554.

165 Neisen 2014, S. 60.

166 Peter 1998, S. 145.

167 Ohler 1990, S. 402.

168 Neisen 2016, S. 554.

169 Peter 1998, S. 157.

170 Ebd.

zum Präsidenten“ der IHK Freiburg.<sup>171</sup> 1941 erklärte Tscheulin, dass für die IHK „die nationalsozialistische Weltanschauung als oberste Richtschnur ihres Handelns“ gelte.<sup>172</sup> Auf Parteilinie war Tscheulin auch mit seiner Forderung, gegen undisziplinierte Lehrlinge mit Jugendarrest oder der Einweisung in ein Arbeitslager vorgehen zu können.<sup>173</sup> Von seinen Vizepräsidenten verlangte Tscheulin, dass sie der NSDAP angehörten und ihren Zielen „in besonderem Maße verpflichtet“ seien.<sup>174</sup> Allerdings stimmte er auch der Berufung des mit einer Jüdin verheirateten Energiefachmanns Herbert Albrecht (ebenfalls Ehrensenator) in den IHK-Beirat zu.<sup>175</sup> Außerdem setzte er sich wiederholt für Dr. Franz Kaiser (Syndikus und Geschäftsführer der IHK Freiburg) und Eduard Lais (stellvertretender Syndikus der IHK Freiburg) ein, die beide vor 1933 im Zentrum aktiv gewesen waren. „Tscheulin deckte Kaiser und Lais immer wieder auch gegen die Denunziation durch Spitzel, wobei ihm vor allem sein gutes Verhältnis zu Gauleiter Robert Wagner zugute kam.“<sup>176</sup> Tscheulin bewahrte so die IHK „vor ideologisch motivierter Säuberung von sachkompetentem Personal“ und konnte eine gewisse „Eigenständigkeit der Kammern“ aufrechterhalten.<sup>177</sup>

Auch wenn die IHK eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber direkter Einwirkung bewahren konnte, war der Kurs unter Tscheulin insgesamt doch klar auf den Nationalsozialismus ausgerichtet. Als IHK-Präsident und Inhaber eines wichtigen öffentlichen Amtes stützte Tscheulin das Regime.

**3. Tscheulin war als IHK-Präsident an „Arisierungen“ beteiligt.** „Obwohl kein fanatischer Antisemit, war T. als Präsident der IHK Freiburg an der Enteignung jüdischer Betriebe beteiligt.“<sup>178</sup> Als 1938 die Rohstoffzuteilungen gekürzt wurden, um die jüdischen Unternehmer zum Verkauf zu zwingen, kamen die Firmenlisten von der IHK.<sup>179</sup> Die IHK genehmigte die Kaufverträge und damit auch die

---

171 Neisen 2014, S. 60.

172 Zitiert nach Peter 1998, S. 157.

173 Gegen jugendliche Lehrlinge, die gegen die Arbeitsmoral verstießen, sollte, so die forderte IHK-Präsident Tscheulin 1941, mit Strafanzeigen vorgegangen werden können. „Jugendarrest oder die Einweisung in ein Arbeitslager sollten sie auf Linie bringen. Diese Lager wurden von der SS geführt und gehörten zu den verbrecherischen Bestandteilen des Arbeitseinsatzes. Mißhandlungen waren an der Tagesordnung, auch Todesfälle nicht selten. [...] Wie viele südbadische Jugendliche und Beschäftigte insgesamt in das Lager Hochschwarzwald bei Oberndorf-Aistaig eingewiesen wurden, läßt sich aber nicht mehr ergründen“ (Peter 1998, S. 146). Tscheulins Forderung wird von Neisen als Ausdruck seiner Linientreue zur NSDAP gewertet (vgl. Neisen 2016, S. 555).

174 Zitiert nach Peter 1998, S. 150.

175 Vgl. ebd., S. 150 f.

176 Ebd., S. 148. Vgl. Neisen 2016, S. 554; Peter 1995, S. 47.

177 Neisen 2016, S. 554.

178 Ebd., S. 555. Vgl. Neisen 2014, S. 60.

179 Vgl. Peter 1998, S. 159.

Preise.<sup>180</sup> Die IHK selbst profitierte von einem Wohnhaus „aus jüdischem Besitz in der Freiburger Innenstadt, das die IHK sehr günstig erwarb.“<sup>181</sup>

In einem Arisierungsfall nahm Tscheulin „erhebliche private Interessen“ wahr.<sup>182</sup> Als der jüdische Firmenchef Hugo Weil 1938 einen Ausnahmeantrag gestellt hatte, um der drohenden Arisierung seines Betriebs zu entgehen, wirkte Tscheulin als IHK-Gutachter darauf hin, dass der Antrag abgelehnt wurde. Daraufhin konnte Tscheulins Schwiegersohn Clemens Kentrupp, den Tscheulin 1937 zum Direktor seines Aluminiumwerks ernannt hatte, die Firma Hugo Weil übernehmen.<sup>183</sup> In einem anderen Fall, beim Freiburger Nähseidefabrikanten Mez, setzte sich Tscheulin – allerdings erfolglos – für diesen ein.<sup>184</sup>

Tscheulin war unter dem Strich als IHK-Präsident zweifelsohne direkt in die sogenannte Arisierung jüdischer Betriebe involviert.

**4. Tscheulin war als IHK-Präsident am wirtschaftlichen „Anschluss“ des Elsasses beteiligt.** „Nicht nur bei der Verfolgung der Juden, auch bei ihrer Expansionspolitik fanden die Nationalsozialisten Unterstützung bei der Freiburger [Industrie- und Handels-]Kammer. Dies ist besonders augenscheinlich bei der Rolle Emil Tscheulins nach der Besetzung des Elsaß. Er amtierte von 1940 bis 1942 als Präsident der neu eingerichteten IHK in Mulhouse und von 1940 bis 1943 in derselben Funktion in Colmar. Dabei strebte er eine Verzahnung des badischen und elsässischen Wirtschaftsgebietes an, letztlich den erneuten Anschluß des Nachbarn an das Reich.“<sup>185</sup> Tscheulin unterstützte somit zumindest indirekt die Angliederung des Elsass an das Reich.

**5. Tscheulins Werk war Teil der Rüstungsindustrie.** „Im Krieg konnte T. den Wegfall der Exporte- und Konsumgütermärkte teilweise durch die Produktion von Kondensatorenfolie für Panzer, U-Boote und Flugzeuge kompensieren. Hier deckte das Aluminiumwerk T. zeitweise bis zu 80% des deutschen Rüstungsbedarf ab.“<sup>186</sup> Bei Peter wird von 60% der Reichskapazität gesprochen.<sup>187</sup>

Im Zusammenhang mit der Rüstung ist bedeutsam, dass Tscheulin, wie bereits ausgeführt, schon 1938 zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt wurde. Gemäß einem Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom 24. Januar 1938 sollten die Wehrwirtschaftsführer, „die gesamte gewerbliche Wirtschaft [...] im Frieden

---

180 Vgl. ebd.

181 Neisen 2016, S. 555.

182 Peter 1998, S. 160.

183 Vgl. ebd., S. 159 f.; Neisen 2016, S. 555.

184 Vgl. Peter 1998, S. 160.

185 Ebd., S. 161.

186 Neisen 2016, S. 556.

187 Vgl. Peter 1998, S. 172.

■ für ihre Aufgaben in einem künftigen Kriege vorbereiten und sie im Kriege den wehrwirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend lenken“.<sup>188</sup> Peter schreibt: „Die Bedeutung des Fabrikanten für die Rüstung zeigt sich bereits an seiner frühen Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer 1938. Darüber hinaus wurde er zum Leiter der Fachgruppe Leichtmetallwaren und verwandte Industriezweige eingesetzt und hatte damit eine wichtige Position in der Kriegswirtschaft inne.“<sup>189</sup>

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Tscheulin – unabhängig davon, für wie wichtig man den Anteil seines Unternehmens einschätzt – daran mitwirkte, die Wehrmacht auszustatten. Tscheulin war damit in die Rüstung des NS-Regimes involviert.

**6. Tscheulin beschäftigte Zwangsarbeiter.** Wie andere Unternehmen beschäftigte auch Tscheulin Zwangsarbeiter. Peter kommt 1998 unter Berufung auf Quellen aus dem Bundesarchiv Freiburg zu einer kritischen Einschätzung: „Das Tscheulinwerk profitierte im Krieg erheblich von der Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter. Unter ihren 600 bis 800 Beschäftigten befanden sich mindestens 375 Ausländer, womit selbst die Dimension von Rüstungsschmieden wie Daimler-Benz Mannheim (1944: 31,2 Prozent) erheblich überschritten wurden.“<sup>190</sup> Neuere Studien von Neisen relativieren dies: „Wie nahezu alle anderen Unternehmen – gleichgültig ob sie in deutschem oder ausländischem Besitz sind – stellt die Firmenleitung etwaige ethisch-moralische Bedenken gegen die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern [...] hinten. Zunächst sind es vor allem Zivilarbeiter aus dem Elsass, die ab dem September 1940 die immer größer werdenden Lücken füllen [...]; von ihnen dürfte zumindest ein Teil noch freiwillig gekommen sein. Die französischen (und zum Teil auch indischen) Kriegsgefangenen sowie die ‚Zivilarbeiter‘ aus Weißrussland und der Ukraine, die ab dem Frühjahr 1942 in zunehmender Zahl in der Teninger Folienfabrik eingesetzt werden, sind dagegen ausschließlich gegen ihren Willen im Deutschen Reich beschäftigt. Auf dem Höhepunkt der Rüstungsproduktion, im Jahr 1944, sind es insgesamt 140 Zwangsarbeiter, die in den Fabrikhallen des Werks zusammen mit circa 450 deutschen Mitarbeitern die Maschinen am Laufen halten; nach allem, was wir *bislang* wissen, werden sie im Aluminiumwerk einigermaßen human behandelt, wobei hier allerdings mangels objektiver Quellen immer eine gewisse Unsicherheit im Urteil bestehen bleiben muss.“<sup>191</sup> Wie die einheimischen Beschäftigten müssen die ausländischen Arbeiter

---

188 Zitiert nach Neisen 2014, S. 60.

189 Peter 1998, S. 146.

190 Ebd., S. 146. Vgl. ebd., S. 171.

191 Neisen 2014, S. 73 f. (Hervorhebung vom Original übernommen). Vgl. Neisen 2016, S. 556. Bei Ohler, der eine undatierte Liste/Verzeichnis, die im Gemeindearchiv Teningen liegt, auswertet, sind 136 ausländische Arbeitskräfte angegeben (vgl. Ohler 1990, S. 424).

teilweise 72 Stunden pro Woche arbeiten.<sup>192</sup> Allerdings: „Frühere Annahmen, wonach die Zwangsarbeiter gegenüber der Stammbesellschaft erhebliche Mehrarbeit hätte leisten müssen, haben neuere Forschungen als unhaltbar erwiesen“.<sup>193</sup>

Insgesamt kann konstatiert werden, dass Tscheulin in seinem Werk ausländische Zwangsarbeiter einsetzte. Tscheulins Einsatz von Zwangsarbeitern unterschied sich nach heutigem Stand der Erkenntnis dabei was Härte und Umfang angeht offenbar nicht fundamental von anderen Unternehmern.

**Bewertende Zusammenfassung:** Emil Tscheulin war ein überzeugter und engagierter Nationalsozialist, der bereits vor 1933 der NSDAP angehörte und der die örtlichen SA-Truppen und NSDAP-Parteigliederungen aufbaute sowie mit Material und Waffen versorgte. Als IHK-Präsident von Freiburg, Colmar und Mulhouse, als „Wehrwirtschaftsführer“ sowie Produzent von kriegsbedeutenden Materialien war er eine Stütze der nationalsozialistischen Diktatur. Als Funktionär der IHK war er an verantwortlicher Stelle an der Enteignung jüdischer Unternehmer sowie der wirtschaftlichen Angliederung des Elsass an das Reich beteiligt. Zudem setzte Tscheulin in seinem der Rüstung dienenden Unternehmen Zwangsarbeiter ein. Insgesamt muss Tscheulin unabhängig von seinen Verdiensten als Unternehmer als tragende Stütze des NS-Regimes von regionaler Bedeutung bewertet werden.

## Quellen

### **Primärquellen:**

UAF B1/171 (Akten Ehrensensoren im Universitätsarchiv Freiburg).

### **Sekundärquellen:**

Alexander, Marius (2012a): Studie über Tscheulin wird abgelehnt, in: Badische Zeitung, 28. Juli 2012, einsehbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/teningen/studie-ueber-tscheulin-wird-abgelehnt> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Alexander, Marius (2012b): Umstrittener Gönner und Parteimensch. Die Diskussion um Emil Tscheulin wird weiter gehen – und warum das wichtig ist, in: Badische Zeitung, 31. Dezember 2012, einsehbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/teningen/umstrittener-goenner-und-parteimensch--67677207.html> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

---

192 Vgl. Neisen 2014, S. 74.

193 Neisen 2016, S. 556.

■ Müller, Patrick (2013): Teninger Bürger diskutieren: Emil Tscheulin – Wohltäter oder Nazi?, in: Badische Zeitung, 20. März 2013, einsehbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/teningen/emil-tscheulin-wohltater-oder-nazi--70192849.html> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Müller, Patrick (2015): "Haben ein Teilziel erreicht" – Interview mit Günter Stein über die Tscheulin-Ergänzungstafel an der Köndringer Kirche, in: Badische Zeitung, 28. Januar 2015, einsehbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/teningen/haben-ein-teilziel-erreicht--99601255.html> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).

Neisen, Robert (2014): Von der Aluminium-Folien-Fabrik zur Tscheulin-Rothal GmbH. 100 Jahre Aluminiumfolien aus Teningen, hrsg. von der Amcor Flexibles Europe & Americas Tscheulin-Rothal GmbH, Bötzingen: doRi Verlag.

Neisen, Robert (2016): Tscheulin, in: Baden-Württembergische Biographien, Band VI, Stuttgart: W. Kohlhammer, S. 554–557.

Ohler, Norbert (1990): Die Gemeinden im 19. und 20. Jahrhundert, in: Schmidt, Peter (Hrsg.): Teningen – Nimburg, Bottingen, Teningen, Köndringen, Landeck, Heimbach. Ein Heimatbuch, Teningen: Gemeinde Teningen, S. 337–466.

Otten-Tscheulin, Hans-Georg [vermuteter Autor] (ca. 2015): Emil Tscheulin – jetzt spreche ich! Der Teninger. „Schindler“ von Köndringen, ohne Ort/Verlag.

Otten-Tscheulin, Hans-Georg; Tscheulin, Dieter K. (2016): Der Tscheulinger. Emil Tscheulin – Teningen, Frankfurt a. M.: R. G. Fischer Verlag.

Peter, Roland (1995): Rüstungsindustrie in Baden. Nationalsozialistische Kriegswirtschaft in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München: Oldenbourg.

Peter, Roland (1998): Die Kammern unterm Hakenkreuz, in: Boll, Bernd; Huggle, Ursula (Hrsg.): Die Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein. Geschichte und Wirkungsfeld der Kammern Freiburg und Lahr, Freiburg: IHK Südlicher Oberrhein, S. 139–174.

Zimmermann, Markus (2015): Das Unrecht ansprechen, in: Badische Zeitung, 3. Februar 2015, einsehbar unter: <http://www.badische-zeitung.de/teningen/das-unrecht-ansprechen> (zuletzt abgerufen am 22.2.2017).